

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1949

2 (6.1.1949)

UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

FLOS

4. Jahr Nr. 2 20 Pfg.

ORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Donnerstag, 6. Januar 1949

Wir wollen weder Ruhr- noch Besatzungsstatut

Die Ruhr ist unabtrennbarer Bestandteil einer einheitlichen Deutschen Republik

Düsseldorf. Max Reimann, der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands, sprach sich auf einer Kundgebung zum 30jährigen Bestehen der KPD in Düsseldorf scharf gegen das Ruhrstatut aus. Die Kommunisten würden ihre ganze Kraft darauf konzentrieren, die sozialdemokratischen Arbeiter für den Kampf gegen Ruhr- und Besatzungsstatut zu gewinnen. Reimann erklärte, daß diejenigen, die unter diesen Bedingungen einen westdeutschen Staat errichten, sich nicht wundern dürften, wenn sie als Quislinge bezeichnet werden.

Diese Haltung der KPD wurde in einem Grußtelegramm des Vorstandes an die am 3. Januar zum erstenmal erschienene Zeitung „Freies Volk“ erneut unterstrichen. Darin heißt es: „Gerade jetzt nach Veröffentlichung des Ruhrstatuts der Alliierten soll die Zeitung die Bevölkerung über die Folgen dieses Statuts aufklären und das unveräußerliche Recht des Volkes auf Besitz der Kohlengruben und Grundstoffindustrien verwirklichen helfen.“

„Das Ruhrstatut ist ein schwerer Schlag gegen die Lebensinteressen des deutschen Volkes und gegen die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands. Die neuen Maßnahmen an der Ruhr geben den Völkern keine Sicherheit und garantieren nicht den Frieden, sondern machen das Ruhrgebiet zu einem Streitobjekt zwischen den Völkern und zu einem dauernden Gefahrenherd.“

Das Ruhrgebiet wird aus sozialen und nationalen Interessen unseres Volkes von der KPD niemals anerkannt. Das deutsche Volk

Kurz berichtet

Wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit wird am 17. Januar in Rastatt eine Verhandlung gegen 25 Wachmannschaften der KZ-Lager Neckarelz und Neckargerach stattfinden.

Elf Personen kamen infolge eines Sturmes im Rheinland ums Leben. In verschiedenen Städten stürzten Häuserinnen zusammen und versperrten die Straßen.

Die Postverwaltung der sowjetischen Zone wird zum 30jährigen Todestag von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg Briefmarken mit dem Bild der Ermordeten herausgeben.

Der Brotpreis ist im sowjetischen Sektor Berlins ab 1. Januar auf 40 Pfennig je kg gesenkt worden.

Die Rations-Aufhebung für alle Waren und ein verbessertes Lohn- und Gehaltssystem trat am 1. Januar in Polen in Kraft.

Der Austausch deutscher und polnischer Kinder, die durch Kriegereignisse in dem anderen Land zurückgehalten wurden, soll in diesem Jahr abgeschlossen werden.

Der polnische Ministerrat nahm einen Gesetzentwurf an, mit dem die separate Verwaltung der früheren deutschen Gebiete aufgehoben wird.

Die Sozialistische Partei Hollands billigte in einer Resolution die Indonesien-Politik der Regierung. Die Sozialisten „bedauern“ jedoch die Internierung führender Republikaner, weil diese Maßnahme „einen schlechten Eindruck im Ausland hervorgerufen habe.“

Die Vertrauensleute der dänischen Hafenarbeiter-Gewerkschaft beschlossen, den holländischen Verkehr in Dänemark wegen dem holländischen Vorgehen in Indonesien zu boykottieren.

Ein „Tag des freien Griechenland“ fand am 5. Januar in Italien statt. An diesem Tag dokumentierte die fortschrittliche Bevölkerung Italiens ihre Solidarität mit dem um seine Freiheit ringenden griechischen Volk.

Das von den neutralen Sachverständigen des Sicherheitsrates ausgearbeitete Projekt zur Lösung der Berliner Frage wurde in Genf den Vertretern der vier Mächte übergeben.

Die Londoner Westmächte-Konferenz über das Besatzungsstatut wurde vom 10. auf den 17. Januar verschoben.

Bedell Smith, der bisherige amerikanische Botschafter in der Sowjetunion, reichte sein Rücktrittsgesuch ein.

Das am Jahresende abgelaufene britisch-amerikanische Zweizonen-Abkommen wurde bis zum Beitritt der französischen Zone verlängert.

Professor Albert Einstein wurde im jüdischen Krankenhaus in Brooklyn operiert. Sein Befinden ist zufriedenstellend.

Durch einen schweren Orkan in Arkansas sollen mehrere hundert Personen ums Leben gekommen sein. Die Zahl der Verwundeten ist so hoch, daß alle Krankenhäuser überfüllt wurden.

Sonderzüge zur Leipziger Frühjahrsmesse

Leipzig. Der Sonderzugverkehr für die Leipziger Frühjahrsmesse vom 6. bis 13. März ist nunmehr festgelegt worden. Vorgesehen sind insgesamt 142 Sonderzüge, davon 50 Züge (darunter 8 Ausstellerzüge) aus dem Westen.

will weder ein Ruhr- noch ein Besatzungsstatut. Es verlangt den Abschluß eines Friedens-Vertrages und den baldigen Abzug der Besatzungsstruppen. Die Kommunistische Partei Deutschlands wird die Gefahren des Ruhrstatuts dem Volke aufzuzeigen und nicht nachlassen in der Mobilisierung der Massen gegen die deutschen und internationalen Monopolherren und für die Ueberführung der Schlüssel-Industrien in die Hände des Volkes. Die Kohlengruben und Stahlwerke an Rhein und Ruhr gehören dem deutschen Volke. Das

Der bekannte amerikanische Kommentator Walter Lippmann kritisiert zum Jahresende in der „New York Herald Tribune“ die alliierte Deutschlandpolitik. Der einflußreiche außenpolitische Publizist ist der Ansicht, daß die Errichtung einer westdeutschen Regierung nur unglückliche Folgen haben könne.

In der auszugsweisen Wiedergabe des Lippmann-Artikels im Londoner „Daily Telegraph“ heißt es, die Deutschen würden, wenn sie erst einmal den vollen Text des Besatzungsstatutes schwarz auf weiß sehen, die unausweichliche Schlußfolgerung ziehen, daß es unmöglich ist, eine demokratische Selbstregierung unter einem militärischen Besatzungsregime zu haben. Die Deutschen würden dann weiter

Katholische Kirche Ungarns zu Verhandlungen bereit

Amerikanischer Botschafter gibt veröffentlichten Briefwechsel mit Mindszenty zu

Budapest. Der ungarische Erzbischof und Vikar von Budapest, Vikar Bela Vitz, überbrachte dem ungarischen Staatspräsidenten Schakassits die Neujahrswünsche der katholischen Kirche und erklärte, der katholische Klerus sei zur Verständigung mit dem ungarischen Staat bereit.

In Anbetracht dieser Erklärung zweifeln politische Beobachter nicht mehr daran, daß der Episkopat die Aufforderungen Ministerpräsidenten Dobis zu gemeinsamen Besprechungen über einen modus vivendi zwischen der katholischen Kirche und dem ungarischen Staat annehmen wird.

Die Stellungnahme des Erzbischofs hat führende Kreise keineswegs überrascht. Sie haben keinen Augenblick daran gezweifelt, daß die ungarische katholische Kirche die Tragweite und Echtheit der dem Kardinal

Ruhrgebiet gehört als unabtrennbarer Teil zu einer einheitlichen Deutschen Republik.“

Unvereinbar mit friedlichen Zielsetzungen

Moskau. Die „Prawda“ schreibt in einem Artikel unter der Überschrift „Besatzungsstatut oder Friedensvertrag“:

„Der Friedensvertrag mit Deutschland, folglich auch die Wiederherstellung des Friedens in Europa, sind weit von ihrer Verwirklichung entfernt, weil die Pläne und Berechnungen der Wall-Street und der City mit friedlichen Zielsetzungen unvereinbar sind. Aus dieser Haltung heraus vermeiden die führenden Kreise der USA und Großbritanniens absichtlich die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland, dessen Abschluß sie mit allen Mitteln zu verzögern suchen.“

„Die Macht bleibt bei den Besiegern“

erkennen, daß sie selbst keine echte Macht haben, sondern, daß diese bei ihren Besiegern liegt. Lippmann schließt daraus, daß es völlig unsinnig sei, zu erwarten, die neue Deutschlandregierung werde die Verantwortung für die Lösung der deutschen Frage übernehmen.

Die vorzeitige Errichtung einer demokratischen Regierung unter „entwürdigenden Umständen“ werde zweierlei Folgen zeitigen, nämlich erstens werde die Idee der Demokratie bei den Deutschen in Mißkredit geraten und zweitens werden die Alliierten in den Strudel der deutschen Leidenschaften geraten, wenn sie Deutschland zwar nicht mehr zu regieren, aber doch seine Geschicke zu bestimmen versuchen werden.

Für ein besseres Leben

Zwei-Jahresplan-Arbeit in der Ostzone beginnt

Berlin. In der gesamten sowjetisch besetzten Zone begann am Montag mit dem Heulen der Sirenen die Arbeit am Zwei-Jahresplan, den die SED entworfen, der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien akzeptiert und die Deutsche Wirtschaftskommission verkündet hat. In Betriebsversammlungen sprachen die Spitzenfunktionäre des FDGB und der SED. In Sachsen wurde gleichzeitig eine Hennecke-Woche begonnen.

Erweiterung der Deutschen Wirtschaftskommission abgeschlossen

Berlin. Die Landtage der Länder und die demokratischen Organisationen der Bevölkerung der sowjetischen Zone haben die Wahl der Mitglieder für die neue Zusammensetzung der Deutschen Wirtschaftskommission, die eine stärkere Vertretung des Volkes gewährleistet, abgeschlossen.

Bekanntlich wurde die Deutsche Wirtschaftskommission von 36 auf 110 Mitglieder erweitert. Die meisten Mitglieder der Deutschen Wirtschaftskommission sind jetzt gewählte Vertreter der Bevölkerung der Länder, sowie Vertreter demokratischer Parteien und anderer Organisationen der Bevölkerung der sowjetischen Zone.

Die wahren Freunde Deutschlands

Berlin. Die Vorsitzenden des Präsidiums des Volksrates erklärten in einer an Marschall Sokolowski gerichteten Neujahrswünsche, daß das deutsche Volk im Vertrauen auf seine Freunde im anti-imperialistischen Lager seinen Kampf für die deutsche Einheit und einen

Mindszenty vorgeworfenen Beschuldigungen anerkennt.

Beobachter aus katholischen Kreisen Ungarns sehen in einem veröffentlichten Artikel der halbamtlichen Zeitung der katholischen Kirche Ungarns, „Ujombor“, allgemein eine Weigerung des Klerus, Kardinal Mindszenty zu verteidigen, und eine stillschweigende Bereitschaft zu Verhandlungen mit der Regierung, um eine neue katholische Gemeinschaft zu bauen. Die Vorbereitungen dazu seien jetzt erfüllt.

Budapest. Der amerikanische Gesandte in Budapest, Chapin, bestätigte, daß er auf das vom ungarischen Innenministerium veröffentlichte Schreiben des Kardinals Mindszenty geantwortet habe. Er bestätigte damit die gegen Mindszenty erhobenen Beschuldigungen.

gerechten Frieden mit mehr Nachdruck denn je fortsetzen werde. Die Warschauer Konferenz, bei der ein sofortiger Friedensvertrag mit Deutschland und der Abzug der Besatzungsstruppen gefordert wurde, habe dem deutschen Volke gezeigt, wo seine wahren Freunde sind.

Sicherheitsamt gebildet

Berlin. Das in Londoner Sechsmächte-Abkommen vorgesehene militärische Sicherheitsamt für Deutschland wurde, wie die „Neue Zeitung“ berichtet, noch vor Ablauf des Jahres 1949 gebildet. Die Militär-Gouverneure der Westzonen haben Generalmajor James P. Hodges (USA), Generalmajor V. J. Westropp (England) und General Paskiewicz (Frankreich) zu ihren Vertretern im Sicherheitsamt ernannt. Nach Berichten der „New York Herald Tribune“ wird das Sicherheitsamt Inspektionsausschüsse in alle Teile Westdeutschlands schicken. Dem Amt soll ein Sekretariat sowie militärische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Experten beigegeben werden. Als Hauptsitz des Amtes wird u. a. Baden-Baden und Stuttgart genannt.

Verkehrsstreik in London

London. Am Sonnabend stellten alle Autobus- und Straßenbahnlinien der Londoner City den Verkehr ein. Dieser Streik wird in Zukunft jeden Samstagnachmittag durchgeführt werden, da die Arbeiter ihre Dienststunden am Samstagnachmittag als Ueberstunden bezahlt haben wollen.

Widersprüche

Mit 150 000 Mann modern ausgerüsteten Truppen und mit dem Einsatz von Flugzeugen versucht die holländische Regierung, die Kontrolle über die Schätze Indonesiens fester in ihre Hand zu bekommen. Daß sich der Einsatz solcher starken militärischen Mittel lohnt, beweist der Anteil Indonesiens an der Weltproduktion. Er betrug vor dem Kriege 98 Prozent bei Chinin, ca. 40 Prozent bei Kautschuk, 30 Prozent bei Kopro, 44,5 Prozent bei Palmöl, 16,5 Prozent bei Tee und 16,8 Prozent bei Pfeffer. Die indonesische Regierung weiß, daß sich auch andere imperialistische Mächte für diese Reichtümer interessieren. Sie verschmähte es deshalb nicht, vor allem mit den USA direkte Handelsabmachungen zu treffen, denn gerade den großen amerikanischen Konzernen ist an der Zurückdrängung des holländischen Einflusses in Indonesien gelegen. Besonders die verheerenden Niederlagen der Reaktion in China lenken die Augen der Imperialisten mehr auf die indonesischen Schätze hin.

Die großen Weltmonopole sind über das Vorgehen der Holländer nicht erbaut. Sie befürchten, daß in der Abwehr des brutalen holländischen Angriffes die wirkliche Freiheitsbewegung die Führung im Kampf an sich reißt. Diese Befürchtung hat sich teilweise schon dadurch bestätigt, daß in der ersten Entrüstung über den holländischen Angriff 35 000 indonesische Kommunisten in Freiheit gesetzt werden mußten. Sie befürchten weiter, daß die wirklichen Freiheitskämpfer durch Vernichtung der Handelsniederlassungen und Industrieanlagen der Monopole auf lange Zeit eine koloniale Ausbeutung behindern. Schließlich befürchten die Weltmonopole noch, daß nach dem gewaltigen Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung in allen Ländern Asiens als Folge der grandiosen Erfolge der chinesischen Volksarmeen das holländische Vorgehen noch weiteres Öl ins Feuer gießt und die überall kochende Stimmung zum Sieden bringt.

Die unterschiedliche Beurteilung des holländischen Angriffes im Lager der Imperialisten spiegelt die wachsenden Gegensätze bei ihnen wieder. Die bürgerliche Presse Frankreichs, der Schweiz und teilweise auch die Englands, also alles Sprachrohr von Ländern, die in Fragen des Marshall-Planes gewisse Differenzen mit den USA haben, verteidigen im allgemeinen das holländische Vorgehen, die Presse der USA verurteilt es dagegen sehr scharf und setzt es teilweise auf eine Stufe mit dem japanischen Angriff auf Pearl Harbour.

Die scharfe Verurteilung Hollands durch alle fortschrittlichen Kräfte der Menschheit, der sich, wenn auch aus anderen Gründen die amerikanische Presse anschließt, hat aber ein für allemal die Legende von der „Sendung der abendländischen Kulturvölker“ zerstört. Trotz gewisser Anfangserfolge der mit den brutalsten Mitteln angreifenden Holländer ist nicht daran zu zweifeln, daß die 70 Millionen Indonesier, die schon im Kampf gegen den japanischen Imperialismus einen hervorragenden Anteil hatten, schließlich den Sieg erringen werden. Eine Erkenntnis, die sich der holländische Kolonialminister schon vor zwei Jahren zu eigen machte, als er erklärte:

„Wir haben es nicht mit irgendwelchen Ausschreitungen zu tun, sondern mit einer Bewegung, die das ganze Land erfasst hat. Wenn wir kein Übereinkommen erzielen, wird ein endloser Partisanenkrieg die Folge sein. Die indonesischen Republikaner stellen keine kleinen Gruppen von Nationalisten dar, sondern repräsentieren die gesamte Nation.“

„Der nötige Impuls“

In ihrem Neujahrswort stellt die Demokratische Partei Badens — die politische Interessenvertretung der kapitalistischen Kreise unseres Ländchens — fest, daß die Währungsreform dem Wiederaufbau den nötigen Impuls gegeben habe.

Das kann man wohl sagen, daß diese Währungsreform, die die breiten Massen der Werktätigen, den Mittelstand, die Rentner und Kriegsbeschädigten rücksichtslos enteignete, den kapitalistischen Profitmethoden den „nötigen Impuls“ gab, der Startschuß war für die Horte und Währungsgewinnler.

„Nach besten Kräften“, bekennet die Demokratische Partei, „wollen wir auf dem uns gewiesenen Wege zur Gesundung fortfahren, um endlich die wirtschaftliche Freiheit des Einzelmenschen wieder herzustellen, die allein die Voraussetzung der politischen Freiheit ist.“ Die „wirtschaftliche Freiheit des Einzelmenschen“ wird für den Unternehmer darin bestehen, daß er seine Gewinne auch weiterhin erhöht, für die Arbeiter und Angestellten aber darin, daß sie zu schlechteren Arbeitsbedingungen und für geringe Löhne arbeiten müssen, wenn sie nicht stempeln gehen wollen.

Bei einem Interview der „Frankfurter Rundschau“ mit dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates, Oberdirektor Dr. Pünder, sagte dieser Exponent der kapitalistischen Reaktion wörtlich: „Man muß im kommenden Jahr mit einem stetigen Ansteigen der Arbeitslosigkeit rechnen, da es sich inzwischen gezeigt hat, daß der Produktionsapparat mit zuviel Aufwand ausgestattet ist. Die künftige Wirtschaftsentwicklung zwingt die Betriebe zu einem äußerst rationalen Arbeiten! Das heißt also, zu einer verschärften Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten. Wir sind überzeugt, daß die Arbeiterklasse diese eindeutigen Absichten der Kapitalisten zunichte machen wird.“

Die Arbeiter und Angestellten müssen auf dem ihnen durch die Annahme des Betriebsrätegesetzes zustehenden Recht bestehen: die Preisgestaltung überwachen, den Lebenshaltungskosten entsprechende Löhne und Gehälter erkämpfen, Entlassungen aus dem Betrieb verhindern und die sozialen Ansprüche der Betriebsangehörigen verteidigen.

„Die Zeit arbeitet für uns“

Bukarest. Der sowjetische Journalist Ilya Ehrenburg veröffentlichte in der ersten Nummer des Kominform-Organs des Jahrgangs 1949 „Für dauerhaften Frieden, für wahre Demokratie“ unter dem Titel „Die Zeit arbeitet für uns“ einen Artikel, in dem er sich die Frage vorlegt, was das Jahr 1948 der Welt gebracht habe. „Zu Beginn des vergangenen Jahres“, schreibt Ehrenburg, „sprach man mit bereiten Worten von der Kriegsgefahr. Der Krieg ist beendet, und doch wird dieses häßliche Wort immer wieder gebraucht. Es tönt auf allen Wellenlängen von Amerika herüber. Die Welt des Geldes, der Grausamkeit und der Lüge, diese verdammte Welt, glaubt ihr Dasein verlängern zu können, indem sie unaufhörlich auf das Kriegsgespinnst weist, das die Menschen den Kopf verlieren läßt.“

Abschließend mißt Ilya Ehrenburg das zurückgelegte Wegstück und schreibt: „Wir können sagen, daß dieses Jahr schwer war. Viel Blut ist geflossen, viele Tränen wurden vergossen, aber unser Gegner ist der Verzweiflung verfallen, denn das Jahr 1948 hat uns enger zusammengeschlossen, und uns neue Kraft gegeben.“

Von der Friedenstaube zum Jagdbomber

Stuttgart. Die Freie Deutsche Jugend protestiert in einem Extrablatt gegen die von dem württembergisch-badischen CDU-Politiker und Abgeordneten des Frankfurter Wirtschaftsrates, Dr. Rudolf Vogel, empfohlene Remilitarisierung Westdeutschlands. Die Jugend sei skeptisch und mißtrauisch geworden und wolle für den Frieden kämpfen. Die FDJ ruft alle Jugendverbände und friedliebenden Organisationen sowie alle Frauenverbände auf, gegen die von Dr. Vogel propagierte Remilitarisierung Stellung zu nehmen.

Der Weisheit letzter Schluß

Washington. Sollte der Marshall-Plan und das Wiederaufbauprogramm nicht mehr ausreichen, werde die AFL (gelbe Gewerkschaft) die Einführung der 30 Stundenwoche empfehlen, erklärte der Vorsitzende der Elektriker-Gewerkschaft. Wir wissen nicht, fügte er hinzu, wie lange die gegenwärtigen Beschäftigungsbedingungen aufrecht erhalten werden können.

Die Verkürzung der Arbeitszeit ist der Weisheit letzter Schluß. Daß durch die Einführung der 30 Stunden-Woche das Einkommen der Arbeiterschaft noch tiefer sinkt und die Wirtschaftskrise noch mehr verschärft wird, hat anscheinend diesem „Gewerkschaftsführer“ noch nicht eingeleuchtet. Statt die Forderung aufzustellen, falls die kapitalistische Wirtschaft nicht in der Lage ist, die Arbeiterschaft voll zu beschäftigen, die verminderte Arbeitszeit voll zu vergüten, begnügt man sich, eine Herabsetzung der Arbeitszeit zu fordern. Es ist äußerst interessant, festzustellen, daß man sich drüber über dem großen Teich im Lande der Prosperität bereits darüber den Kopf zerbricht, wie man dieser Krise am besten begegnen kann. Für kapitalistische Krisen ist kein Kraut gewachsen, und als letzter Ausweg bleibt regelmäßig nur der Krieg. Ob deshalb die amerikanischen Monopolkapitalisten so stark interessiert sind, daß es zu keiner Verständigung mit der Sowjetunion kommt?

Neo-faschistische US-Kommission

New York. 313 Personen unterzeichneten eine Bittschrift, in der die Abschaffung der Untersuchungskommission für anti-amerikanische Umtriebe gefordert wird. Das Vorgehen dieser Kommission, heißt es in der Bittschrift, hat sich dem der Gerichte in den faschistischen Staaten genähert, die wir im zweiten Weltkrieg bekämpft haben. Unter den Unterzeichnern befinden sich auch die Namen von Christian G. A. u. S. des Doyen der Universität Princeton, sowie zweier Nobelpreisträger, des Schriftstellers Thomas Mann und des Physikers Harold C. Urey.

Here über den Tau

ROMAN VON JACQUES ROUMAIN
43

Man muß sich die Zeit vertreiben bei den Wachen. Die Karten, der Gesang und der Schnaps genügen nicht. Die Nacht ist lang.
Am Herd sitzt Antoine; er hält eine Tasse Kaffee in der Hand und gibt Rätsel auf. Es sind meist junge Leute, die um ihn herumstehen. Nicht als ob die älteren Bauern kein Vergnügen daran gehabt hätten, aber es sieht nicht sehr anständig aus, und nicht wahr, man muß doch als gewichtiger und ernsthafter Mann auf seine Reputation halten. Es könnte doch sein, daß man bei einer unverhofften Bosheit Antoinettes lächeln müßte. Und dann? Dann würden die jungen Leute den Respekt verlieren, sie halten sich so schon immer für euresgleichen, diese Horde von jungen Affen.

Antoine fängt an: „Wenn sie ins Haus kommen, heben alle Frauen ihre Röcke auf?“
Die anderen suchen, sie zerbrechen sich den Kopf. Ach was, sie finden es nicht.
„Was ist es denn?“ fragt Anselme.
„Die Boote ziehen ihre Segel ein, wenn sie in den Hafen kommen“, erklärt Antoine.
Er nimmt einen Schluck Kaffee.
„Ich gehe zum König. Zwei Wege liegen vor mir, und ich muß alle beide nehmen.“
„Eine Hose“, ruft Lazare.
„Richtig. Aber nun, ich will nicht Antoine heißen, wenn ihr das ratet: Mariechen setzt die Faust auf die Hüfte und sagt: ich bin ein großes Mädchen.“

Das ist schwer, ja, das ist sehr schwer.
„Ihr seid wirklich nicht sehr intelligent. Eine Dickschädelbande seid ihr.“
Und tatsächlich, sie haben gut sich anzustrengen, es ist vergeblich, sie raten es nicht.

Anglo-amerikanische Verschleierungsmanöver

Sowjetunion antwortet auf die Note der Westmächte zur Kriegsgefangenenfrage

Moskau (Südena). Der sowjetische Rundfunk verbreitete ein Tass-Kommuniqué zur englisch-französisch-amerikanischen Erklärung über die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen, die sich noch in der Sowjetunion befinden.

Nach einem Hinweis auf den Wortlaut der alliierten Erklärung heißt es in dem sowjetischen Kommuniqué: „Es ist notwendig, sich daran zu erinnern, daß im Verlauf der Moskauer Verhandlungen im April 1947 ein sowjetischer Vorschlag über die Entlassung deutscher Kriegsgefangener, die sich auf dem Hoheitsgebiet der alliierten Mächte oder auf irgendeinem sonstigen Gebiet befanden, geprüft wurde. Dieser Vorschlag sah ihre Entlassung nach einem Plan vor, der vom alliierten Kontrollrat in Deutschland bis zu einem bestimmten Zeitpunkt ausgearbeitet werden sollte.“

Der Kontrollrat war jedoch nicht in der Lage, einen solchen Plan auszuarbeiten, da es die französische und die britische Regierung, von der amerikanischen Regierung unterstützt, ablehnten, in ihm einen beträchtlichen Teil der deutschen Kriegsgefangenen miteinzubeziehen, die auch bis auf den heutigen Tag in diesen Ländern festgehalten werden.

„Der Alliierte Kontrollrat hat also wegen der ablehnenden Haltung der britischen und französischen Behörden keine Entscheidung hinsichtlich der Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen treffen können.“

Was die Rückführung der Kriegsgefangenen in der Sowjetunion betrifft, so wird in der Note festgestellt, daß die große Mehrheit von ihnen bereits entlassen wurde und die Heimkehr der noch in der UdSSR befindlichen restlichen Kriegsgefangenen sich nach dem von der sowjetischen Regierung aufgestellten Plan vollziehen und im Laufe dieses Jahres beendet sein wird.“

„Die englischen und amerikanischen Presseerklärungen, daß die UdSSR die Bestimmungen über die Heimführung der Kriegsgefangenen nicht erfüllt, haben sich damit als verlogen und verleumderisch erwiesen. Sie dienen nur dazu, die Zurückhaltung einer bedeutenden Anzahl von deutschen Kriegsgefangenen unter der Etikette von Arbeitern seitens der britischen und französischen Behörden für eine unbegrenzte Zeit zu verschleiern. Sie dienen außerdem dazu, die Zurückhaltung von mehr als 250 000 sowjetischen Staatsbürgern, die während des Krieges von den Nazis nach Deutschland deportiert wurden und die noch immer in den Lagern der amerikanischen, britischen und französischen Zonen in Deutschland und Oesterreich festgehalten werden, zu tarnen.“

nen nicht erfüllt, haben sich damit als verlogen und verleumderisch erwiesen. Sie dienen nur dazu, die Zurückhaltung einer bedeutenden Anzahl von deutschen Kriegsgefangenen unter der Etikette von Arbeitern seitens der britischen und französischen Behörden für eine unbegrenzte Zeit zu verschleiern. Sie dienen außerdem dazu, die Zurückhaltung von mehr als 250 000 sowjetischen Staatsbürgern, die während des Krieges von den Nazis nach Deutschland deportiert wurden und die noch immer in den Lagern der amerikanischen, britischen und französischen Zonen in Deutschland und Oesterreich festgehalten werden, zu tarnen.“

Verbrecherische Hetzmeldung dementiert

Warschau. Man dementiert in Warschau Meldungen der kritisch lizenzierten Berliner Zeitung „Der Tag“, nach denen in polnischen Lagern Tausende von deutschen Kriegsgefangenen infolge von Entbehrungen gestorben seien. Diese Lügen, stellte der Regierungssprecher fest, sind dazu bestimmt, die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung abzulenken und die Existenz der von den Nazis errichteten Konzentrationslager in Vergessenheit zu bringen.

Die letzten Kriegsgefangenen aus Jugoslawien und der Tschechoslowakei

Frankfurt. Laut Dena/AFP hat ein Transport mit den letzten 1602 deutschen Kriegsgefangenen, die sich noch in der Tschechoslowakei befanden, die Hauptstadt Prag verlassen. Ferner meldet Dena aus Kassel, daß die letzten noch in Jugoslawien befindlichen, etwa 1100, in den Westzonen ansässigen deutschen Kriegsgefangenen bis zum 22. Januar zurückgeführt sein sollen. Die ersten 150 von ihnen sind bereits an Silvester im Heimkehrerlager Waldschenke eingetroffen. In Abständen von jeweils vier Tagen sollen die weiteren Transporte folgen.

Verstärkte Partisanentätigkeit auf Java

Der Freiheitskampf des indonesischen Volkes wird fortgesetzt

Djakakarta. Aus allen Teilen Javas wird verstärkte Partisanentätigkeit gemeldet. Vor allem im Gebiet westlich, südlich und südöstlich Djakartas führten die Partisanen zahlreiche Angriffe durch. Im Osten der Insel griffen bewaffnete Dorfbewohner mehrere Gummi-Plantagen an. Bei Kampfhandlungen im Gebiet Soerakarta sprengten Einheiten der republikanischen Armee eine größere Brücke.

Nepal entsendet Freiheitsbrigade nach Indonesien

Kalkutta. Auf dem in Kalkutta beendigten Demokratischen Kongreß Nepals wurde eine Grußbotschaft an die indonesischen Freiheitskämpfer beschlossen. ADN teilt dazu mit, daß beabsichtigt sei, eine Freiheitsbrigade nach Indonesien zu entsenden, um die Bastion im Kampf gegen die niederländischen Truppen zu unterstützen.

Kuomintang-Garnison von Hainan isoliert

Nanking. Auf einen schmalen Küstenstreifen der Insel Hainan drängen Einheiten der Demokratischen Volksarmee die Kuomintang-Streitkräfte zusammen und isolieren sie. Die Insel Hainan entspricht in ihrer Ausdehnung der Größe Hollands und hat mehr als 2 Millionen Einwohner. Sie ist durch ihre Gummiplantagen, Eisen- und Goldvorkommen von großer Bedeutung für die Wirtschaft Chinas.

Proklamation der KP Chinas

Nanking. In einem vom Sender der Demokratischen Volksarmee verbreiteten Kommuniqué

wird das Programm der Kommunistischen Partei für das Jahr 1949 definiert.

„Im Laufe dieses Jahres wird die chinesische demokratische Republik gebildet und eine demokratische Zentralregierung aufgestellt sein, die unter der Leitung der Kommunistischen Partei steht. In dieser Regierung werden alle demokratischen Parteien und Volksgruppen vertreten sein.“ Das Programm sieht außerdem eine Erhöhung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion und die Wiederherstellung aller Eisenbahnen und Straßen vor.

Die Kommunistische Partei geht dann auf das „Friedensangebot“ von Nanking ein, und unterstreicht, daß der Feind, der sich auf den Schlachtfeldern geschlagen sieht, den Krieg auf das politische Gebiet verlagern will. Die chinesischen Reaktionen, die von den Amerikanern unterstützt werden, setzen ihre Friedensmanöver fort.

Das Volk wird siegen

Belgrad. Radio „Freies Griechenland“ meldet, daß im Dezember zahlreiche Angehörige der monarcho-faschistischen Truppen zu den Einheiten General Markos übergelaufen sind. Viele Landbewohner haben es abgelehnt, erneut Militärdienst zu tun. 32 Dorfbürgermeister haben die Regierungsanordnungen über die Bewaffnung der Dorfbewohner nicht befolgt.

In einem Tagesbefehl der demokratischen Armee erklärt das Hauptquartier General Markos es für die erste Pflicht der demokratischen Armee, im Jahre 1949 die große Offensive vorzubereiten, die eine entscheidende Wendung herbeiführen und den Sieg des Volkes sowie die Befreiung Griechenlands bringen soll.

„Das ist auch mein Gedanke“, stimmt Fleurimond bei.

Laurélien ist nicht dieser Ansicht: „Mir hat Déliira gesagt, daß es das Böse Fieber gewesen wäre. Wenn sie das sagt, dann ist es auch so. Sie würde doch kein Interesse daran haben. Und es gibt Fieber, die euch auffressen, ohne daß ihr etwas davon merkt. Man ist wie ein Möbelstück, das ganz solide aussieht, ganz fest, aber die Termitten sind schon drin, und eines schönen Tages zerfällt es im Staub.“

„Kann sein“, sagt Fleurimond. Aber er scheint nicht ganz überzeugt zu sein.

Und Dieuveille Riché nimmt das Wort: „Um Mittag überschreitest du den Fluß zu Fuß. Trocken; nicht so viel Wasser; Kiesel und Steine. Aber in den Bergen hat es in Strömen geregnet, und am Nachmittag kommt das Wasser dahergerast und zerstört alles, was auf seinem Wege liegt. So kommt auch der Tod. Ohne daß man ihn erwartet. Und man kann nicht gegen ihn an, Brüder.“

„Ja, wegen des Wassers“, sagt Laurélien, „man müßte wissen, ob der selige Manuel jemandem anvertraut hat, wo die Quelle ist. Er war mein Freund, aber er hat nicht mehr die Zeit gehabt, mir die Stelle zu zeigen.“

„Könnte Déliira wissen?“

„Dann eher Rosannas Tochter.“

„Es wäre doch ein unausdenkbares Unglück, wenn er das Geheimnis mit hinübergenommen hätte.“

„Man müßte das ganze Land abklappern, müßte jeden kleinsten Winkel in den Bergen und in den Schluchten absuchen.“

„Dann ist es auch nicht sicher, ob man es finden würde.“

„Wir hatten uns doch schon solche Hoffnung

Sind das noch Deutsche?

Die sattem bekannte amerikanische Zeitung mit deutschem Redaktionsstab unter der Führung von Herrn Reger, der „Tagesspiegel“, veröffentlicht in jeder dritten Nummer einen Aufruf an die Einwohner von „Ostberlin“, der an Gehässigkeit und Gemeinheit alles weit übertrifft, was sich diese Volksverräter bis jetzt geleistet haben.

Diese Verbrecher, anders kann man sie nicht nennen, fordern die Bewohner von „Ostberlin“ zu passivem Widerstand und zur Sabotage auf und hetzen die „Westberliner“ gegen die im Ostsektor wohnenden Deutschen.

Der immer wieder abgedruckte „Aufruf“ hat folgenden Wortlaut:

Einwohner von Ostberlin

Ihr könnt eure Leiden verkürzen, wenn ihr passiven Widerstand gegen alles übt, was der Stadtsojwet beschließt oder sich zu kontrollieren anmaßt. Macht keinen Gebrauch von seinen Einrichtungen; meidet die Versammlungen; kauft keine Bücher aus „Staatsverlagen“; boykottiert die Erzeugnisse der „volkseigenen“ oder „Treuhand“-Betriebe; lest keine Ostzeitungen; meidet jeden Verkehr mit der „Volkspolizei“; hört RIAS und den NWDR, nicht aber Radio Berlin; besucht die Theater des Westens, die der legitime Magistrat verwaltet, und boykottiert die von dem Stadt-Sojwet annektierten Theater des Ostsektors. Wo immer ihr eine solche Gelegenheit habt, bekundet eure Verbundenheit mit der rechtmäßigen Stadtverwaltung Berlins und unserem Oberbürgermeister Reuter.

Westberliner

Für euch ist es selbstverständlich, daß ihr keine der vom Stadt-Sojwet kontrollierten Einrichtungen des Ostsektors unterstützt. Kein Westberliner besucht ein „Staats“-Theater des Ostens. Kein Westberliner liest eine Zeitung des Ostens. Kein Westberliner kauft in einem „Freien Laden“ oder in einer „Konsumgenossenschaft“ Jeder Pfennig, den ihr dorthin tragt, wird sich in ein neues Mittel der Unterdrückung gegen euch verwandeln. Sie wollten euch aushunnen — denkt daran! Berlin unteilbar in seinem Widerstand!

Diese Bürgerkriegs-Hetze des „Tagesspiegel“ richtet sich gegen die demokratischen Errungenschaften in der Ostzone und dem Ostsektor von Berlin. Sie trägt bereits ihre Früchte. So wurden am Montag von einer sogenannten „Deutschen Legion“ Flugblätter verteilt, die zu „offener Sabotage, passiver Resistenz und gnadenlosem Kampf“ aufforderten.

Sorgen der Kurdirektion Berchtesgaden

Die Gemeinde Berchtesgaden trägt sich mit der Absicht, auf dem 1832 m hohen Gipfel des Kehlstein (Obersalzberg) ein Kreuz zu errichten. Der Plan sieht, — wie es in einer Denkschrift der Kurdirektion Berchtesgaden heißt — vor, daß dort, „wo einst im Adlerhorst die Geier nisteten“, das Kreuz Christi als das Siegeszeichen über den Unglauben errichtet werden soll.“ An geschichtlich bedeutungsvollen Tagen, so am Tage der Bombardierung des Obersalzbergs und am Tage der Kapitulation, sowie an jedem Karfreitag soll das Kreuz beleuchtet werden! Auf Anregung Kardinal Faulhabers ist für einen späteren Zeitpunkt der Bau einer Sühnekirche auf dem Obersalzberg vorgesehen, wo sich bereits früher eine Muttergottes-Kapelle befand. Das „Teehaus“ auf dem Kehlsteingipfel, dem sogenannten Adlerhorst, soll als Stützpunkt für Touristen erhalten bleiben.

UNSER TAG / VOLKSZEITUNG FÜR BADEN
Redaktion: (17b) Offenburg, Metzgerstraße 1
Tel. 1374. Telegramm-Adresse: Neutag Offenburg
Chefredakteur: Dr. Karl Bittel (krank)
Verantwortlich: H. Jerrentrup
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung nur bei Beifügung von Rückporto
Verlag: Südwest-Verlag e.GmbH. (17b) Offenburg
Hauptstraße 115, Postfach 361, Fernruf 2207
Erscheint dienstags, donnerstags und samstags
Bezugspreis monatlich 2.— DM, Postabon. 2.20 DM.

gemacht. Man sah ihm voraus alle Acker bewässert. Das wäre schade.“

„Das wäre wirklich so ein richtiges Unglück. Ich hatte mir schon ausgerechnet, daß ich Erbsen pflanzen wollte. Erbsen werden jetzt teuer bezahlt auf dem Markt.“

„Und Bananen hätte man am Kanal entlang pflanzen können.“

„Und ich“, sagte Dieuveille, „ich wollte es mit Porree und Schalotten versuchen.“
Der alte Dorélien seufzte.

So hatte eben jeder seine Pläne. Der eine sagte: ich werde dies tun, der andere sagte: ich werde das tun, und inzwischen lachte sich das Unglück ins Fäustchen. Es wartete in der Wegbiegung, die Tod heißt.

„Ach, Freunde, ich muß auch bald fort, ja, ich gehe auch bald; ich habe nicht mehr viel Zeit vor mir, aber ich würde doch gern noch einmal frische Maisfelder sehen und die Ernte auf dem Acker.“

„Auf zum Kampfe, auf zum Sie—je—ge...“
Sie sind ausdauernd, die Liedersänger — sie kommen nicht leicht außer Atem. Die dicke Destine ist von Müdigkeit überwältigt auf einen Stuhl gesunken. Ihr Kopf wackelt auf den Schultern, ihre Augen sind geschlossen, sie schlägt den Takt mit dem nackten Fuß, und sie singt mit weinerlicher und verschlafener Falsettstimme.

„Ach, ist die häßlich!“ murmelt Antoine mit verächtlicher Grimasse.
Die Schnapsflasche steht auf dem Tisch, er streckt die Hand aus, doch Destine öffnet ein Auge, eines nur, aber mit festem Blick, und Antoine tut so, als ob er die Kerze schneuzen wollte.

„Das verbrennt uns jetzt Wachs“, sagt er.
Und er zieht sich zurück, mit eingelegenen Schultern und Flüche zwischen den Zähnen murrend, die man nicht wiederholen kann.

(Fortsetzung folgt)

Löhne und Preise / Von Hermann Nuding

Mitglied des Sekretariats des Parteivorstandes

Am Tage X hat Dr. Erhard den Übergang von der seit dem Nazireich bestehenden Zwangswirtschaft in die „freie“ Wirtschaft dekretiert mit dem „Geld als einzigem Bezugschein“. Mit dem gleichen Tage wurden Millionen von Kleinsparern dieses einzigen Bezugscheins beraubt. Für die Lohn- und Gehaltsempfänger waren vor dem Tag X die Preise schon so hoch, daß ihr ganzer Verdienst nur insofern einen Wert hatte, als neben dem Geldlohn die Zuteilungskarte für Lebensmittel und, wenn auch in bescheidenem Umfang, für Kleidung und Haushaltsgegenstände bestand. Nach dem 20. Juni zeigte sich, daß die arbeitende Bevölkerung zwar überall vor vollen Schaufenstern stand, aber kaufen konnte sie nicht mehr als vorher. Ihr Lebensstandard ist nach amtlichen statistischen Unterlagen um mehr als 30 Prozent gesunken. Aber noch ist das Ende der Preissteigerungen und damit das Sinken des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung nicht abzusehen.

Mit Recht fragen sich deshalb Millionen von Menschen, wie lange dieser Zustand noch andauern soll. Was antworten die für die Frankfurter Mißwirtschaft verantwortlichen CDU-CSU-Politiker? Die Preise werden sinken, wenn mehr produziert wird. Diese Behauptung der Erhard und Pünder hat sich aber längst als Humbug erwiesen. Nach ihren eigenen Angaben ist die Warenproduktion in den letzten Monaten ständig gestiegen, die Preise gingen aber trotzdem weiter in die Höhe. Erhard und seine Freunde wissen diesen Tatsachen nur mit der billigen Ausflucht zu begegnen, es handle sich um Auswüchse, um Preiswucher, der aber nicht entscheidend sei für die allgemeine Lage. Es ist aber für niemand mehr ein Geheimnis, daß heute bereits wieder in großem Umfang Waren gehortet werden, einmal, weil in den sogenannten Wirtschaftskreisen kein Vertrauen zum Geld vorhanden ist, und andererseits, weil man durch das Zurückhalten der Ware die Preise weiter hochhalten will. Hinzu kommt die beherrschende Rolle der Monopole in vielen Industrien, die durch die als Fachverbände getarnten Kartelle ihre alte Politik des künstlichen Hochhaltens der Preise betreiben. Dies und die unverschämten Gewinne des Großhandels sind die Ursachen der hohen Preise. Hier von Auswüchsen zu sprechen und fromme „Gesetze“ zu erlassen, die sie selbst nicht ernst nehmen, das heißt nichts anderes als die hohen Preise, die Riesenprofite und den Raub an den arbeitenden Massen staatlich zu sanktionieren.

Wie wird die Preispolitik begründet?

Die bizonale Preispolitik wird sehr oft auch mit dem Argument begründet, daß die Inlandspreise den Weltmarktpreisen angeglichen werden müssen. Wenn die Herrschaften die „Weltmarktpreise“ für notwendig halten, dann müssen die Werktätigen auch die „Weltmarktlöhne“ erhalten. Aber davon wollen die Herren des Wirtschaftsrates nichts wissen. Während sie täglich beteuern, die Preise würden Kraft des Marktgesetzes von selbst sinken, schlagen sie ganz andere Töne an, wenn es um die Löhne geht. Hier verlangen sie daß die Löhne auf keinen Fall erhöht werden. Die freien Mißwirtschaftler sagen, Lohnernöhungen ziehen Preisernöhungen nach sich. Das ist das alte Lied von der „inflationistischen Spirale“. Gewiß, wenn man den Unternehmern erlaubt, die Lohnernöhungen auf die Preise zu schlagen, dann wird mit jeder Lohnernöhungs automatisch eine Preisernöhung eintreten. Aber warum kommen die Kapitalisten nie auf die Idee, ihre Riesenprofite herabzusetzen?

Sehen wir uns die Preisentwicklung seit Juni an. Waren es Lohnernöhungen, die die Preise in die Höhe getrieben haben? Wenn dem so wäre, dann müßten die Preise heute sehr niedrig sein, denn die Nominallohne der Arbeiter sind nur um wenige Prozent gestiegen, ja bei einzelnen Kategorien sind sie sogar gesunken worden. Wenn außerdem die Feststellung Erhards wahr ist, daß die Arbeiter nach der Währungsreform mehr leisten als vorher, dann ist es um so seltsamer, daß diese Mehrleistung bei nahezu gleichen Löhnen nicht Preisernöhungen herbeigeführt hat. Das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften hat in einer Zuschrift an das „Handelsblatt“ (10. 12. 1948) festgestellt, daß die Preissteigerungen seit der Währungsreform weit höher liegen, als dies die amtlichen Zahlen behaupten. Die Berechnungen der Gewerkschaften ergeben eine Steigerung des gesamten Lebenshaltungsindex von Juni bis Oktober um etwa 18 Prozent — drei- bis viermal soviel wie die amtliche Lesart. Ein Vergleich mit 1937 ergibt, daß heute für den niedrigsten Lebensbedarf pro Mann und Kopf 100 Prozent mehr ausgegeben werden. So steht es um den Reallohn der Arbeiterschaft.

Kampf um Lohnernöhungs- und Mitbestimmungsrecht

Bei dem Proteststreik der Gewerkschaften am 12. November haben die Arbeiter erkannt, daß es falsch ist, nur gegen Preisernöhungen zu protestieren, ohne Lohnernöhungen zu fordern. Sie haben aber gleichzeitig erkannt, daß die Lohnfrage, allein gestellt, nicht mehr ausreichen wird, um die verhängnisvolle Preispolitik zu bekämpfen. Deshalb stellten sie in mehreren Betrieben mit Recht die Frage der Lohnernöhungs in Verbindung mit dem Mitbestimmungsrecht. Das ist die richtige Antwort auf die bizonale Wirtschaftspolitik. Die Arbeiter werden nicht an ihr Ziel kommen, wenn sie nur gegen die Preissteigerungen protestieren und sich nicht das Mitbestimmungsrecht erkämpfen. Das volle Mitbestimmungsrecht aber wird von den deutschen Kapitalisten mit Hilfe der Besatzungsmächte selbst dort verweigert, wo es im Einklang mit den bestehenden Verfassungen

durch demokratisch gewählte Mehrheiten in den Parlamenten beschlossen wurde. Damit ist klar, daß der Unternehmer weiter „Herr im Hause“ und der Lohn- und Gehaltsempfänger weiter Knecht bleiben soll.

Es ist deshalb unverständlich, daß angesichts der Mißachtung der gesetzlichen Rechte durch deutsche und ausländische Mächte die Gewerkschaftsführung sich im Kampf für die Interessen der Arbeiter noch Zurückhaltung auferlegt, die nur zu Illusionen Anlaß gibt, und damit die Kampfkraft der Arbeiter auch schwächt. Nahezu sechs Monate kämpfen die Arbeiter um die Herabsetzung der Preise und werden genau so betrogen wie vor der Währungsreform, wo sie gegen Kompensationsgeschäfte und Warenhortung kämpften.

Es gibt jetzt nur einen Ausweg, um die Unternehmer und die reaktionären Wirtschaftspolitiker in Frankfurt zur Aenderung ihrer Politik zu zwingen, und das ist der Kampf um höhere Löhne und das volle Mitbestimmungsrecht. Die Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten haben lange genug Opfer gebracht. Sie haben die Warenlager und Schaufenster gefüllt. Sie haben den Verkehr in Ordnung gebracht und haben die Kohle gefördert. Sie haben uneigennützig dem ganzen Volke gedient. Was aber haben die Unternehmer in dieser Zeit getan? Sie waren auf ihre Profite und die Festigung ihrer Klassenposition

bedacht. Sie haben einen brutalen Interessenkampf um ihre Vorrechte geführt. Der Arbeiterschaft bleibt angesichts dieser Lage nichts anderes übrig, als den Kampf gegen die hohen Preise zu führen, indem sie höhere Löhne fordern. Mehr Lohn zu verlangen, heißt die Unternehmer zwingen, den Forderungen der Arbeiter nachzugeben. Das heißt aber auch, die Arbeiterschaft, und darin liegt die Aufgabe der Gewerkschaftsführung für diesen Kampf wirklich in Bewegung zu bringen, und ihn zu verbinden mit dem Kampfe um das Mitbestimmungsrecht.

Wer trägt die Verantwortung für die Not?

Die Unternehmer und ihre reaktionären politischen Statthalter in den Regierungen tragen die Verantwortung für die heutige Preispolitik. Kämpft die Arbeiterschaft jetzt nicht, dann wird ihr Elend in den nächsten Monaten und Jahren noch größer werden, und es wird noch schwerer sein, sich zur Wehr zu setzen.

Der Proteststreik in der Bizone hat gezeigt, daß die Arbeiterschaft fähig ist, einheitlich und geschlossen zu marschieren. Vereint kann die Arbeiterschaft, wenn sie den Hebel an der richtigen Stelle ansetzt, wenn sie weiß, wofür sie kämpft, über die reaktionäre bizonale Wirtschaftspolitik triumphieren und auch ihre Rechte durchsetzen.



Der 3. Januar war in der Ostzone der Beginn des von der Deutschen Wirtschaftskommission auf Vorschlag der SED beschlossenen Zweijahresplanes. Dieser Plan — ausgearbeitet von deutschen Ingenieuren, Technikern und Arbeitern — geht von den eigenen wirtschaftlichen Möglichkeiten der sowjetischen Zone aus. Er wird die Grundlage der Friedenswirtschaft wieder herstellen. Unser Bild zeigt ein Werbeplakat der Leuna-Werke für den Zweijahres-Plan.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Volksdemokratien

Das jetzt zu Ende gegangene Jahr war durch neue Errungenschaften in der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder der Volksdemokratien gekennzeichnet und die gestellten Zwei- und Dreijahrespläne konnten erfolgreich von ihnen durchgeführt werden.

Diese Erfolge konnten — wie die Presse dieser Länder einmütig betont — nur durch die tiefgreifenden sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen, die in diesen Ländern vor sich gingen, erzielt werden. Das Volk hat hier die Staatsmacht übernommen. Die Großindustrie, die Banken und die Verkehrsmittel gehören dem Staat. Wie die polnischen, bulgarischen und tschechoslowakischen Blätter schreiben, sind diese Erfolge auch den großen Leistungen der Sowjetunion zu verdanken. Die Länder der Volksdemokratie haben ihre inneren Reserven aufgebaut und wichtige Errungenschaften durch nationale Bemühungen erzielt, ohne wucherische Hilfe seitens des Auslandes, durch gleichberechtigte Zusammenarbeit mit den demokratischen Staaten. Die gleichen Prinzipien liegen auch den neuen wirtschaftlichen Plänen zugrunde, die gegenwärtig in vielen Ländern der Volksdemokratie für eine längere Frist ausgearbeitet werden.

Am 1. Mai 1948 trat das Gesetz über den Fünfjahresplan in der tschechoslowakischen Republik in Kraft. Auch die Werkstätten Bulgariens gehen im neuen Jahr an die Erfüllung ihres Fünfjahresplanes. In Ungarn wird ein Fünfjahresplan für die Weiterentwicklung der Volkswirtschaft aufgestellt. Jeder dieser Pläne ist verschieden. Bei seiner Abfassung wurde den wirtschaftlichen Gegebenheiten des betreffenden Landes Rechnung getragen. Das Entwicklungsniveau des einen oder anderen Wirtschaftszweiges wird in jedem Lande anders bestimmt, aber eines haben alle diese Pläne gemein: Hauptaufgabe ist — wie im Fünfjahresplan Bulgariens gesagt wird —

der Aufbau des Fundaments des Sozialismus.

Ebenso wie der bulgarische ist auch der tschechoslowakische und der ungarische Fünfjahresplan darauf gerichtet, das Land wirtschaftlich unabhängig zu machen.

In Bulgarien macht heute die landwirtschaftliche Produktion 70 Prozent der Gesamtproduktion aus, die industrielle Erzeugung 30 Prozent. Bis zum Ende des Planjahrfünftes wird sich diese Entwicklung ändern. Die industrielle Produktion wird 45 Prozent betragen.

In der Tschechoslowakei und Ungarn wird die Industrie eine noch größere Entwicklung annehmen. In den Fünfjahresplänen der Länder der Volksdemokratie wird der Entwicklung der Schwerindustrie besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Sie soll die Betriebe der

Leichtindustrie mit Maschinen und Anlagen versorgen und der Landwirtschaft die nötigen Maschinen liefern.

Der bulgarische Fünfjahresplan sieht eine Verdoppelung der gesamten industriellen Produktion im Verhältnis zu 1948 vor. Die Stromerzeugung wird sich verdreifachen. Die stürmische Entwicklung der Schwerindustrie und im besonderen des Maschinenbaues hat nicht nur für die Staaten selbst große Bedeutung, sondern auch für die Nachbarländer der Volksdemokratien. So exportiert die Tschechoslowakei schon heute erstklassige Maschinen in die Nachbarstaaten. Dies kommt auch in den entsprechenden Wirtschaftsabkommen der tschechoslowakischen Republik mit den meisten Ländern Europas zum Ausdruck.

Die Entwicklung der Landwirtschaft nimmt in den neuen Fünfjahresplänen der volksdemokratischen Länder einen breiten Raum ein. Gemäß den tschechoslowakischen Plänen soll sich die landwirtschaftliche Produktion um 15 Prozent erhöhen. Wichtige Maßnahmen des bulgarischen Planes sollen eine Erhöhung des Ernteertrages um 20 Prozent gewährleisten.

In vielen Ländern der Volksdemokratie sind bekanntlich die Lebensverhältnisse der Bevölkerung im Verhältnis zur Vorkriegszeit bedeutend besser geworden. Der Reallohn hat sich erhöht. Der Konsum von Industriewaren ist bedeutend größer geworden, während die Preise sich auf vielen Gebieten abwärts bewegen. Die Fortsetzung der weiteren Entwicklung der Industrie und Landwirtschaft die durch die Fünfjahrespläne bedingt ist, wird zu einer weiteren Erhöhung des Lebensniveaus des Volkes führen.

„Abbröckelnde Hochkonjunktur“

Der „Industriekurier“ gibt die Analyse einer Schweizerischen Kommission für Konjunkturforschung über die Weltwirtschaft wieder. Nach deren Feststellungen ist in den kapitalistischen Ländern von einer „abbröckelnden Hochkonjunktur“ die Rede, während die Urteile über die Wirtschaft in den neuen Demokratien äußerst günstig ausfallen. So heißt es z. B. über Ungarn:

„Industrieerzeugung nähert sich dem Vorkriegsniveau. Die Versorgung mit Konsumgütern ist günstig.“

Und über Polen:

„Eine ähnliche günstige Entwicklung mit einem gewissen Warenüberfluß und einer stetig fortschreitenden Produktion.“

Belgien, die Schweiz und England zeigen dagegen bereits offensichtlich depressive Tendenzen, und die Hochkonjunktur in den USA wird durch Marshall-Plan, Regierungskäufe und Anlegung strategischer Reserven künstlich erhalten.

Interzonenkonferenz gefordert

Berlin. Der Vorsitzende des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes Rheinland-Pfalz, Ludwig Ostrone, hat vom Bundesvorstand des FDGB ein Schreiben erhalten, in dem er aufgefordert wurde, sofort eine neue Interzonenkonferenz einzuberufen. In dieser Konferenz sollen die Gewerkschaftsvorstände aller vier Zonen gemeinsam zum Ruhr-Statut Stellung nehmen. Der FDGB-Vorstand erklärte sich bereit, die Tagung in Berlin vorzubereiten, falls Berlin als Tagungsort auszuwählen würde.

Gewerkschaften der SU grüßen FDGB

Berlin. Der Zentralrat der sowjetischen Gewerkschaften übersandte dem Vorstand des FDGB Groß-Berlin einen Neujahrsglückwunsch, indem er der Arbeiterschaft Berlins vollen Erfolg im Kampf um die Einheit der Gewerkschaften Berlins und für die Wiederherstellung der Wirtschaft der Stadt wünscht. In einem Antwort-Telegramm erklärte der FDGB, dem Kampf um die Gewerkschaftseinheit und um den Anschluß an den Weltgewerkschaftsbund im kommenden Jahre zu verstärken.

UdSSR kauft belgische Kunstseiden-Garne

Im Rahmen des Abkommens der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion mit der Sowjetunion wurde ein Liefervertrag über 4000 t Kunstseiden-Garne (Fibrane) im Werte von 140 Mill. belgischen Francs abgeschlossen. Dies ist das erste derartige Geschäft, das Belgien mit der Sowjetunion getätigt hat. Die im Jahre 1949 zu liefernden 4000 t Garne stellen 27 Prozent der gesamten belgischen Produktion dar. Die Gegenleistung der Sowjetunion besteht in Getreidelieferungen.

Preissteigerungen in Frankreich

Paris. Die Preise in Frankreich erhöhten sich im Jahre 1948 durchschnittlich um 63 vom Hundert. Bei Lebensmitteln betragen die Preissteigerungen 33 v. H., während die Industriewaren bis zu 104 v. H. gestiegen sind. Mitte Januar sollen die Preise für Gas, Elektrizität, Stadt, Verkehrsmittel, die Post-, Telefon- und Telegraphengebühren eine neue Erhöhung erfahren.

Wirtschaftsnotizen

Auf einen vollen Erfolg kann die Volkswirtschaft in der Ostzone im Jahr 1948 zurückblicken. In Zusammenarbeit mit der Polizei gelang es 22.500 Paar Strümpfe, 2350 m Stoff, 2700 Kleidungsstücke, 125 Doppelzentner Fett, 107 Doppelzentner Fleisch und 200 Doppelzentner Nahrungsmittel sicherzustellen.

Das sogenannte Trinkgeld für Bedienungspersonal im Hotel- und Gaststättengewerbe der Ostzone soll abgeschafft und durch Bezahlung nach festen Lohnsätzen ersetzt werden.

Infolge Wassermangels ist nach einer Mitteilung der Eisenbahn-Hauptverwaltung die Stromversorgung der Reichsbahn zur Zeit derart schlecht, daß vom 4. Januar bis auf weiteres 5 D-Zugpaare zwischen Stuttgart und München, 2 Eilzugpaare und ein Personenzugpaar zwischen Stuttgart und Tübingen sowie ein Personenzugpaar zwischen Stuttgart und Ulm ausfallen werden. Der Güterzugverkehr ist aus dem gleichen Grund teilweise auf Dampftrieb umgestellt worden.

Im zweiten Halbjahr 1948 konnten in der Sowjetunion 40.000 Bergleute ihren Einzug in neue Wohnungen feiern. Weitere 20.000 qm Wohnfläche können in Kürze bezogen werden.

In Schleswig-Holstein ist die Zahl der Arbeitslosen von 18.000 auf 110.000 gestiegen. Im Bezirk Lübeck ist die Zahl der Arbeitslosen heute allein um 30 Prozent höher als vor der Währungsreform in ganz Schleswig-Holstein.

Das Ablieferungs-Soll für Getreide ist in Südwürttemberg gegenüber dem Jahre 1947 um 28.500 t oder 37 Prozent niedriger.

Suchdienst

Der SERVICE DES PERSONNES DEPLACES, Schloß Rastatt, Baden, bittet um Auskunft über das Schicksal oder die jetzige Adresse der folgenden vermißten Personen.

FRANZÖSISCHE NATIONALITÄT.

- CATZIGERA, Octavien, im Jahre 1920 geb. in TECUCI, Roumänien. War Lieutenant. Letzte Nachricht aus Innsbruck, wo er in einem Krankenhaus war im Jahre 1946. (Adresse Company 13, Heilbronn, N) 1137, 17 Komp. 1 Zeit Nr. 12, Deutschland). Rumäne.
- CALZI, Stefano di Guseppe, am 13. 12. 1886 in Agnadello geb. KGF. Stalag 307. Letzte Nachricht vom März 1945, Italiener.
- COLONNA, Giuseppe, im Jahre 1923 geb.; KGF, war im Lager Segnach Nr. 57 390, Italiener.
- BREVE, Herman, am 5. 5. 1922 in Rotterdam geb.; wurde am 30. 9. 1944 verhaftet in Bremen, wurde nach Hamburg Kiel transportiert, Holländer.
- van CAMPERHOUT, Emile, am 11. 7. 1919 geb.; wurde verhaftet am 22. 6. 1944 und nach Oranienburg deportiert, Holländer.
- CHIERCHIA, Alfonso, im Jahre 1924 in Casalnuovo bei Naples geb. KGF. M-Stammmlager XII Arb.-Kdo. 2100 Matric. 56 984, Italiener.
- CAPOZIO, Alfredo, im Jahre 1921 in Casalnuovo Monterotore (Foggia) geb. KGF. Matric. 40 309 M-Stammmlager XII F Kdo. 2038. Letzte Nachricht vom März 1944, Italiener.
- CASTIGLIONE, Girolamo, im Jahre 1922 geb.; KGF. Matricel: Nr. 8709, Lager Nr. 82, Italiener.
- Budziej, Boleslaw, im Jahre 1913 geb. War im I Ost-Lager in Stuttgart. Letzte Nachricht aus dem Jahre 1943, Pole.
- BREDIKS, Nils Jivars, am 22. 5. 1942 in Zopot, Danzig.
- BREDIKS, Silviya Tony, am 15. 11. 1935 in Riga geb. Die Kinder wurden im August 1944 nach Deutschland transportiert, von dieser Zeit ohne Nachricht. Unbekannte Nationalität.
- COLLIGNAN, Nicolas, am 18. 9. 1914 in Assel-Bous geb.; wurde am 24. 9. 1944 nach Deutschland deportiert, Luxembourger.
- CWYNAR, Alicja, am 29. 6. 1921 in Lwow geb.; wurde nach Deutschland deportiert, Pöln.
- CICHON, Wladislaw, am 1. 1. 1911 in Minsk geb.; wurde nach Deutschland deportiert, Pole.

Freiheit und Persönlichkeit

Über dieses Thema wird heute viel diskutiert. Unter Hitler war die Freiheit geknebelt und die Persönlichkeit unterdrückt und ausgelöscht. Heute ist der Begriff der Freiheit zu einem Schlagwort geworden. Schreiberlinge und Propagandisten tauchen auf, welche z. B. die demokratische Freiheit so ausgelegt wissen wollen, daß sie Freiheit ausgerechnet für Kriegsverbrecher, Kriegshetzer und kriminelle Volksschädlinge verlangen. Die Werkstätten, mißtrauisch geworden, wenn sie mit Freiheitsphrasen bombardiert werden, fragen daher: Freiheit — für wen?

Aus diesem Grunde ist es sehr zu begrüßen, daß soeben drei Vorlesungen des bekannten österreichischen Nationalrates Ernst Fischer über Probleme der modernen Philosophie unter dem Titel „Freiheit und Persönlichkeit“ zusammengefaßt, herausgegeben worden sind (im Dietz-Verlag, Berlin).

Ernst Fischer erläutert zunächst kurz das Wesen der Philosophie des Marxismus die ihre große Aufgabe darin erblickt, die Umstände menschlich zu bilden, eine Welt des wahrhaft Menschlichen aufzurichten. Im Gegensatz dazu haben die Schulphilosophen die Welt lediglich beobachtet und ihre Einwirkung auf den Menschen festgestellt, während ihnen die Einwirkung des Menschen auf die Welt fremd geblieben ist. Fischer kennzeichnet die problematische Situation der menschlichen Persönlichkeit in der kapitalistischen Welt. Dieser Mensch wurde von Krise zu Krise, von Katastrophe zu Katastrophe geschleudert, wodurch sein tiefstes Lebensgefühl Beunruhigung, Unsicherheit, Angst um die eigene Existenz geworden ist. Die neue Modephilosophie, der „Existenzialismus“, hat als Ausgangspunkt die angstverzehrte Persönlichkeit. Dabei gibt diese Philosophie die zeitweiligen Bedingungen, unter denen Menschen in der letzten Etappe des Kapitalismus existieren gezwungen sind, als die allgemeinen menschlichen Lebensbedingungen an sich aus. Aber gesellschaftliche Formationen kann man verändern. Ein System der Dinge kann man zu einer Ordnung der Menschen umgestalten.

„In einer vom Bewußtsein der Menschen geordneten Welt, in der die gesellschaftliche Gesamtproduktion der lenkenden Vernunft der gesamten Gesellschaft untersteht, mit einem Wort, in einer sozialistischen Welt des Mitwissens, Mitdenkens, Mitplanens, Mitverantwortens aller wird jeder einzelne zur Persönlichkeit, zum souveränen und schöpferischen Menschen.“

Ein grundsätzlicher Unterschied besteht zwischen dem Begriff der Individualität und der Persönlichkeit. Daß wir Individualitäten sind, besagt nicht mehr, als daß wir als Einzelne allen anderen gegenüberstehen. Die Form der Individualität bekommt erst den Inhalt der Persönlichkeit, und dieser Inhalt ist stets etwas Allgemeines, Gesellschaftliches, Welthaftes, das den einzelnen über sein enges Selbst hinausreißt, das die Grenzen der Individualität überströmt. Je mächtiger sich die Menschheit im Einzelnen regt, desto intensiver ist er Persönlichkeit. Prüfen Sie doch die großen Persönlichkeiten der Weltgeschichte: die leere Besonderheit des Individuellen, die Nichtigkeit des Privaten verdimmt im Wesentlichen, es ist das Rauschen der Welt, das wir im Werk Leonards, Michelangelos, Shakespeares vernehmen, es ist die gesellschaftliche Forderung, die sich im Wirken von Robespierre, von Marx, von Lenin schöp-

ferisch manifestiert, es ist die Stimme der Menschheit, die aus Beethovens Neunter Symphonie uns ruft und mahnt und zur Entscheidung drängt.“

Ernst Fischer arbeitet schließlich die dialektischen Beziehungen zwischen Freiheit und Notwendigkeit heraus. In der Natur gibt es keine absolute Gesetzmäßigkeit, keine Naturgesetze, die unter allen Umständen gültig sind. Es herrscht vielmehr die allumfassende Kausalität (Ursächlichkeit), eine Welt, in der alles mit allem zusammenhängt. So auch in der menschlichen Gesellschaft. Die Menschen machen ihre eigene Geschichte: aus einer Fülle von Einzelaktionen, von individuellen Zickzack-Bewegungen, ergibt sich der große Zusammenhang der menschlichen Geschichte.

Friedrich Engels schreibt: „Die Bestrebungen der Menschen durchkreuzen sich, und in allen solchen Gesellschaften herrscht eben deswegen die Notwendigkeit, deren Ergänzung und Erscheinungsform die Zufälligkeit ist. Die Notwendigkeit die hier durch alle Zufälligkeit sich durchsetzt, ist wieder schließlich die ökonomische.“

Wenn wir von Freiheit sprechen, dann kann das nur bedeuten: Erkenntnis der gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeit, so wie wir die Gesetzmäßigkeit der Natur erkannt haben und immer besser erkennen: die Welt erkennen, um sie zu verändern. Die menschliche Gesellschaft ist von Menschen gemacht, wir können sie daher so gestalten, daß sie nicht mehr uns ihren blinden Willen diktiert, sondern daß wir ihr sehend unseren Willen gebieten.

Freie Wirtschaft oder freie Menschen. Herrschaft des Produkts oder Herrschaft des Produzenten — das ist heute die Alternative. In einer Welt des Einklangs zwischen dem Einzelnen und der Gesamtheit, in der die planvoll wirkende, bewußt schöpferische Gesellschaft zum wesentlichen Lebensinhalt jedes Einzelnen wird, wird der Mensch frei sein in der Bejahung der Notwendigkeit, er wird in freier Entscheidung wählen, was Natur und Menschheit gebieten.

„Wir kämpfen um diesen freien Menschen, dessen Antlitz uns aus der Zukunft grüßt dessen aufglänzende Möglichkeit wir auch in dem verschütteten, zerstückelten unseligen Menschen des sterbenden Kapitalismus wahrnehmen. Unsere Philosophie will nicht nur diese Möglichkeit aufdecken, sie ist auch der Aufruf zur Aktion, um aus der Welt der Dämonen eine Welt des Menschen zu machen.“

Die goldenen Trompeten

Mikle Queen ist ein amerikanischer Satiriker, von dem Theodore Dreiser sagte, er habe etwas von Rabelais und etwas von Swift. Wir bringen nachstehend eine typische satirische Erzählung, die wir der Illustrierten Rundschau, Berlin, entnehmen.

„Der berühmte Forscher Dr. Emmery Hornsnagel bringt in seinem neuesten Buch „Seltene Sitten des Volksstammes Ljap-Ljap einige interessante Beobachtungen bezüglich der Redefreiheit unter den Einwohnern einer wenig bekannten Insel.“

Während eines Empfanges des berühmten Forschers am Hofe von Iggy Bumbum, des „Slobob“, des Häuptlings der Ljap-Ljap, fragte Dr. Hornsnagel, ob das Gesetz den Bürgern gestatte, frei und offen ihre Meinung zu sagen. „Zweifello“, antwortete der Slobob. „Die Bevölkerung unserer Insel genießt absolute Redefreiheit, und die Verwaltung wird in voller Uebereinstimmung mit dem Volkswillen geführt.“

„Und wie wird das praktisch gehandhabt?“ fragte Dr. Hornsnagel. „Auf welche Weise stellen Sie die öffentliche Meinung fest, wenn es sich um die eine oder andere Frage handelt?“

„Das ist ganz einfach“, erklärte der Slobob. „Wenn eine wichtige Frage entschieden werden soll, rufen wir die gesamte Einwohnerschaft der Insel zur Beratung in unserer Residenz zusammen. Mein alter Diener liest von einer Pergamentrolle alle Fragen ab, die zur Beratung vorliegen. Danach stelle ich den Volkswillen fest, indem ich auf die goldenen Trompeten höre.“

„Was ist denn das, die goldenen Trompeten?“ fragte Hornsnagel. „Die goldenen Trompeten“, sagte der Slobob, „sind das einzige Mittel, mit dessen Hilfe die öffentliche Meinung ausgedrückt werden kann. Ich hebe die Hand über den Kopf und

rufe: „Wer dafür ist, blase!“ Daraufhin blasen alle, die für die vorgeschlagene Resolution sind, in die goldenen Trompeten. Danach hebe ich die linke Hand auf und rufe: „Wer dagegen ist, blase!“ Jetzt bläst die Opposition in die goldenen Trompeten. Diejenige Seite, die lauter bläst, stellt natürlich die Mehrheit dar, und zu ihren Gunsten wird die Frage entschieden.“

„Meiner Meinung nach“, sagte Dr. Hornsnagel, „ist das die vollkommenste Art der Demokratie, von der ich bisher gehört habe. Ich würde sehr gern einer solchen Aeußerung der Volksmeinung beiwohnen, um die ganze Prozedur zu fotografieren.“

Am nächsten Tage erhielt Dr. Hornsnagel Gelegenheit, alles mit eigenen Augen zu sehen. Die Bevölkerung der Insel wurde zu einer Beratung bei Hofe zusammengerufen, um eine wichtige Frage zu entscheiden. Es waren insgesamt annähernd 3000 Menschen, alle vollkommen nackt, wenn man den Hüftschurz nicht rechnet. Doch kurz vor Beginn der Zeremonie erschienen noch vier Personen, die reich gekleidet waren und in kostbaren Särfen hereingetragen wurden. Wertvolles Geschmeide funkelte an ihnen, sie dufteten nach aromatischen Kräutern und nahmen auf seidene Kissens vor der Menge Platz. Ihre Diener gingen sofort an, sie mit Wedeln und Straußenfedern zu fächeln.

„Wer ist das?“ fragte Hornsnagel. „Das sind die reichsten Leute unserer Insel“, antwortete der Slobob. Unmittelbar nach der Ankunft der Reichen verlas der alte Diener die Pergamentrolle. Dann trat Slobob vor und hob die rechte Hand: „Alle, die dafür sind, blasen!“ schrie er.

Die vier reichen Herren hoben ihre goldenen Trompeten und bliesen aus voller Lunge. Dann hob der Slobob die linke Hand: „Wer dagegen ist, blase!“

Kein Laut war zu hören. „Die Entscheidung ist angenommen!“ erklärte der Slobob, und die Prozedur war zu Ende.

Als alle Anwesenden auseinandergewandert waren, fragte Dr. Hornsnagel den Slobob, warum die vier reichen Herren die einzigen gewesen wären, die in die goldene Trompete geblasen hätten.

„Weil sie die einzigen sind, denen ihr Reichtum gestattet, goldene Trompeten zu besitzen“, erklärte der Slobob. „Die übrigen sind einfaches Arbeitervolk.“

„Meiner Meinung nach hat das nicht die geringste Ähnlichkeit mit freier Meinungsäußerung“, sagte Hornsnagel. „Es kommt darauf hinaus, daß ein kleines Häuflein Reicher in seine Trompete bläst. Bei uns in Amerika dagegen hat das Volk die unbeschränkte Möglichkeit, seinen Willen auszudrücken.“

„Tatsächlich?“ rief der Slobob. „Wie geht denn das vor sich?“

„In Amerika“, erklärte Hornsnagel, „haben wir an Stelle von goldenen Trompeten Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunkstationen.“

„Das ist sehr interessant“, sagte der Slobob. „Doch wer herrscht über diese Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunkstationen?“

„Die Reichen“, antwortete Hornsnagel. „Dennach ist es bei euch genau so wie bei unseren Ljap-Ljaps“, sagte der Slobob. „Die Reichen blasen auch bei euch in ihre eigenen Trompeten und entscheiden somit alle Angelegenheiten zu ihren Gunsten.“ Mikle Queen.

„Freiheit“ in West-Berlin

Berlin. Der Vorsitzende des Unteren amerikanischen Militärgerichts in Lichtenfelde verurteilte mit der Begründung, daß der Taberna-Magistrat kein Geld habe, die 45jährige Ida Krause aus Schöneberg, die Anfang September Plakate der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands geklebt hatte, zu 500 Mark Geldstrafe.

Ebenfalls verhandelte das Untere amerikanische Militärgericht gegen die Jugendlichen Werner Seelenbinder aus Lichtenberg, Horst Lindenberg und Gerhard Rahn aus Friedrichsfelde, die von der Stumm-Polizei verhaftet worden waren, weil sie Plakate gegen die Spalterwahl im amerikanischen Sektor geklebt hatten. 15 Tage wurden diese Jugendlichen unter den denkbar schlechtesten Verhältnissen im Lichtenfelder Gefängnis festgehalten und erst nach den Bemühungen der Verteidiger bis zum Haupttermin entlassen. Obwohl den drei Jugendlichen während der Verhandlung die besten Leumundszuzeugnisse ausgestellt wurden, lautete das Urteil auf je sechs Monate Gefängnis mit Bewährungsfrist.

An die werktätigen Frauen

„Wir werden nicht fehlen, wenn es gilt, bis zum letzten Atemzuge alles, was wir können, alles was wir sind, für die Sache des Friedens, der Freiheit, des Glückes der Menschheit einzusetzen.“

Wenn ich diese Worte von Klara Zetkin, der großen Vorkämpferin für die Frauenbewegung, meinen Ausführungen voransetze, so deshalb, weil sie uns Vermächtnis und Mahnung sein sollen. Vermächtnis, in ihrem Sinne weiterzuarbeiten, aber auch Mahnung, endlich Schluß zu machen mit der Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit.

Wenn wir die vergangenen Jahre überblicken, wenn wir die sozialen Errungenschaften für die werktätige Frau suchen, können wir das Ganze getrost mit einem Fixierbild vergleichen. Vor dem 20. Juni gingen wir mit unserer Papiermark in den Läden und kamen wieder mit leeren Taschen heraus. Heute stehen wir mit leeren Händen vor den überfüllten Schaufenstern und sehen zu, wie jene wieder alles kaufen können, die schon vorher hinter dem Ladentisch kompensiert haben. Wir sehen auch alle, die mit obrigkeitlicher Genehmigung ihre Waren gehortet haben und sie heute zu Preisen verkaufen, die für uns Arbeiterfrauen unerschwinglich sind.

Wieviele sind aber schon wieder dabei, die Waren zurückzuhalten, weil ihnen die deutsche Michelmark nicht mehr stabil genug ist. Die Kaufkraft der Arbeiterlöhne, der Unterstützungen und Altersrenten schwindet immer mehr. Wieviele Frauen sind wieder gezwungen, um jeden Lohn mitzuverdiene. Wieviele Mütter können nicht mehr das Notwendigste kaufen und Hunderte von Familien waren nicht in der Lage die überhöhten Preise für Winterkartoffeln zu bezahlen.

Und wer ist Schuld an diesen Zuständen? Ganz gewiß nicht die Kommunisten, die man doch sonst für alles Unangenehme verantwortlich macht, sie bestimmt nicht, weil sie bis heute in den Parlamenten zahlenmäßig noch zu schwach sind, um entscheidende Maßnahmen zu ergreifen. Aber die Zeit wird kommen, wo dies möglich ist und das umso schneller, als die Werktätigen, vor allem die Frauen, zur Vernunft und zur Einsicht kommen.

Ihr Frauen, ihr Mütter, hört ihr wieder das Kriegsgeschrei? Seht ihr, wie in der ganzen kapitalistischen Welt der Rüstungswettlauf begonnen hat?

Unsere Heimat liegt in Schutt und Asche. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit sitzt am Tische des Werktätigen und die Armut wird in seinem Hause ständiger Gast.

Vor den Wahlen hat uns von den Anschlagssäulen ein lustiges Plakat angelacht. „Wer hat den Karren aus dem Dreck gezogen?“ Ja, ist er denn herausgezogen? Nein! Er wurde nur auf ein totes Gleis geschoben. Um ihn wieder flott zu machen muß er erst entrümpt werden. Um ihn in Gang zu bringen bedarf es kräftiger Arbeiterfauste, vor allem aber der Mitarbeit unserer werktätigen Frauen.

Sch.

„Was ist eine Arbeiterzeitung?“

Von Bernhard Shaw

Bernhard Shaw nahm das Erscheinen des kommunistischen „Daily Worker“ in London in seinem neuen Gewand als große, in einer eigenen Arbeiterdruckerei erscheinende Tageszeitung zum Anlaß, um diese einzige Arbeiterzeitung Englands zu begrüßen. Dem von sprühendem Witz funkelnden Aufsatz entnehmen wir folgende Sätze:

„Was ist eine Arbeiterzeitung?“ Jede Zeitung behauptet heutzutage, die wahren Interessen der Arbeitenden zu vertreten. Wollte man ihren Bezeichnungen und Phrasen glauben, so wären unsere Redakteure, wie übrigens auch unsere Staatsmänner, ein Bund von Brüdern, die ein Traum, eine Vision, ein Ziel verbindet: Das Glück und das Wohl der Menschheit. Wunderbar, nicht wahr? Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen. Ein dreifaches Hurra!

Was nützen aber all die Intelligenzfunkten, wenn all diese Zeitungen und alle diese Staatsmänner dauernd erklären, daß der Kommunismus eine Teufelslehre sei und Rußland der Universalfeind der Menschheit? Sie sind doch alle nicht so idiotisch, die Zeit der Schlagbäume, Zollbrücken und privater Leibwachen gegen Taschendiebe und Räuber, die Zeit der fackelbeleuchteten Straßen zurückzuvünschen.

Sie wissen einfach nicht, was das Wort Kommunismus eigentlich bedeutet, und werfen es ihrem Gegner an den Kopf, wie streitsüchtige Vorstädter tote Katzen einander über den Gartenzaun werfen. Ein Mensch, der nicht im Grunde Kommunist ist, ist kein zivilisierter Mensch. Für eine wirkliche Arbeiterzeitung stellt sich das derzeitige Ringen als ein Kampf zwischen Plutokratie und Demokratie dar. Für Wahlzwecke werden diese Begriffe allerdings in „Freiheit“ auf der einen und „Bürokratie“ auf der anderen Seite verfälscht.

Eine der toten Katzen nennt sich „totalitäres Regime“ und eine andere „Polizeistaat“, eine dritte „Verteidigung gegen die russische Aggression“. Die harte Tatsache ist aber, daß alle diese toten Katzen von unserer Seite über den Zaun geworfen werden.

Wir rüsten bis an die Zähne und lenken unsere Arbeitskraft von der produktiven zur destruktiven Industrie, um der Welt die Plutokratie (wir nennen sie „Demokratie“) aufzuzwingen im Gegensatz zur offenbaren russischen Sowjetdemokratie.

Mir wird dauernd erzählt daß ich in Rußland erschossen werden würde, wenn ich es wage sollte, ein Wort gegen die Regierung zu äußern. Ich habe es aber erlebt, daß meine Äußerungen von der englischen Presse Jahre hindurch boykottiert wurden während die Tageszeitungen jeden Unsinn respektvoll wiedergaben wenn er nur in plutokratischem Sinne gehalten war.

Um das Recht des unehelichen Kindes

von Maria Moritz, Mitglied des hessischen Landtags

Bei den Verfassungsberatungen in Bonn verlangten die Vertreter der KPD und SPD die rechtliche Gleichstellung des unehelichen Kindes. Die KPD erweiterte den Antrag auch auf die rechtliche Gleichstellung der unehelichen Mutter. CDU, CSU, Zentrum, DP und FDP lehnten diesen Antrag ab. Nachdem sich die Mehrheit des Parlamentarischen Rates dafür entschieden, die zweitklassige Stellung der unehelichen Kinder und Mütter aufrecht zu erhalten, ist es angebracht, die bisher bestehenden Verhältnisse einer rückständigen Klassenjustiz, die verewigt werden soll, zu beleuchten.

Das uneheliche Kind erhält den Familiennamen seiner Mutter und hat nur im Verhältnis zur Mutter und deren Verwandten dieselbe Rechtsstellung wie das eheliche Kind. Aber der Mutter steht die eheliche Gewalt nicht zu. Sie hat wohl das Recht und die Pflicht, für das Kind zu sorgen, aber zur Vertretung des Kindes ist sie nicht berechtigt. Die Rechtspflicht des unehelichen Vaters beruht nur auf der Tatsache der Schwängerung. Darum gilt er laut BGB als unfähig zur rechtlichen Geschäftsführung des Kindes. Das uneheliche Kind gilt zu ihm in ehe- und erbrechtlicher Hinsicht als nicht verwandt. Deshalb kann es an den Vater und seine Verwandten keine Erbsprüche stellen. Der uneheliche Vater muß das Kind nach dem sozialen Stand seiner Mutter unterhalten. Praktisch ist die Auswirkung so, daß ein reicher Fabrikantensohn für das Kind mit einem Dienstmädchen nur die niedrigsten Unterhaltungskosten zu bezahlen braucht.

Der Hauptausschuß in Bonn übernahm aus der Weimarer Verfassung den Artikel 121, der bestimmt, daß durch die Gesetzgebung den unehelichen Kindern die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen seien wie den ehelichen. Das ist zwar eine schöne Phrase, verpflichtet aber rechtlich zu nichts. Das BGB ist seit dem 1. Januar 1900 in Kraft. Zwischen der heutigen Lebenswirklichkeit mit Verelendung, Wohnungsnot und 60 Prozent Frauen und den Rechtsformeln des BGB im Ehe-, Güter- und Erbrecht, sowie in der Rechtsstellung des unehelichen Kindes und seiner Mutter ist eine große Kluft. Das BGB macht die Einehe zur Grundlage des Familienrechtes und das kanonische Recht stem-

pelt die Unehelichen zu Kindern der Sünde. Aus dieser Moralauffassung und den darauf begründeten Rechtsbestimmungen stammt der Begriff des unehelichen Kindes. Dieses trägt für die sexuelle Beziehung seiner Eltern den Makel, und mancher Mensch leidet darunter sein Leben lang.

Die Politiker von vorgestern behaupten, daß eine Gleichstellung der Unehelichen zur Zügellosigkeit führe und die Auflösung der Familie nach sich ziehe. Wir Kommunisten sagen, daß die außereheliche Geburt dem Kinde nicht zum Nachteil gereichen darf. Es hat das gleiche Recht auf leibliche, geistige, rechtliche und gesellschaftliche Entwicklung wie das eheliche. Nicht die uneheliche Geburt, sondern eine schlechte Erziehung und sozialrechtliche Hintanstellung wirken schädlich auf ein Kind.

Wenn Frauen gleiche Rechte erlangen, wird auch ihr Pflichtbewußtsein lebendiger und sie fragen sich öfter nach dem „Wozu und für wen“. Viele Frauen werden auf die Mutterschaft nicht verzichten wollen, wenn sie auch auf die Ehe verzichten müssen. Falls der Vater nicht ihr Mann sein kann und die Frau in wirtschaftliche Not kommt, muß ihr die Gemeinschaft helfen, wie dem ehelichen Kinde auch. Täglich erlebt man bei Rechtsfragen das Sonderbare, daß der Sohn mehr Rechte hat als die Mutter, die ihn geboren hat, weil er ein Mann ist. Täglich zeigt sich, wie wenig die Frauen von den Gesetzen wissen, die sie in erster Linie argehen.

In Bonn geht der Kampf gegen eine Reaktion, die in der Gesetzgebung des Mittelalters ihr Vorbild sieht. Im hessischen Parlament stellten sich die drei weiblichen Mitglieder der SPD hinter die Forderung nach Gleichberechtigung für die Frau und das uneheliche Kind. Aber ihre Kollegen in Bonn haben gemeinsam mit den Vertretern der CDU, CSU, der FDP und des Zentrums den Antrag des KPD-Abgeordneten Renner, der Frau im Produktionsprozeß gleiche Rechte zu gewähren, abgelehnt. Es wird deshalb Aufgabe aller fortschrittlichen Kräfte sein, die volle Gleichberechtigung der Frau und des unehelichen Kindes gegen die Widerstände der Reaktion und ihrer Helfer durchzusetzen.

AUS UNSERER HEIMAT

Freiburg — Emmendingen — Müllheim

Redaktion des Heimats: Freiburg, Schwabentorstraße 1, Telefon 2239
Verantwortlich: Hermann Zisch

Die „Arbeiter-Wohlfahrt“

Ortsverein Freiburg, teilt uns mit: Die Brennholzpreise des Ortsvereins steht den Mitgliedern ab sofort zu günstigen Bedingungen zur Verfügung. Aufträge sind zu richten an: „Arbeiter-Wohlfahrt“, Brennholzstraße, Elsässerstraße 127. Weiter teilt der Ortsverein mit: Die Notküche der „AW“ im Gewerkschaftshaus nimmt noch Teilnehmer an ihrem bekannt preiswerten Mittagstisch an.

Mitteilungen der F. D. J. Freiburg

Am Freitag, 7. Januar, 20 Uhr, findet in der Karlstraße 62 eine wichtige Funktionärsitzung statt, in der der Arbeitsplan für das 1. Quartal 1949 auf der Tagesordnung steht. Alle Jugendfreunde, die eine Funktion bekleiden, werden um pünktliches Erscheinen gebeten.

*

Freiburg. Vom Einzelhandelsverband wird uns berichtet: „Mit Rücksicht auf den kirchlichen Feiertag Dreikönig wird in Gemeinden mit überwiegend katholischer Bevölkerung am Donnerstagmorgen eine Reihe von Ladengeschäften geschlossen bleiben.“

Weitere Volksbäder eröffnet

Die Volksbäder Littenweiler und St. Georgen sind ab sofort freitags und samstags von 14 bis 20 Uhr geöffnet.

Weihnachtsfeiern und Winterlager der FDJ

Im festlich geschmückten Gewerkschaftskeller veranstaltete die Freiburger „Freie Demokratische Jugend“ für 150 Jugendliche und Eltern eine Weihnachtsfeier mit einem gelungenen Programm. Der Weihnachtsmann beschränkte eine größere Zahl von Jugendlichen, und bei der Verlosung gab es viele glückliche Gewinner schöner und nützlicher Gegenstände. Einen Tag später beschränkte die FDJ noch 40 bedürftige Kinder mit Spielzeug und Kuchen.

Vom zweiten Weihnachtsfeiertag über Neujahr bot die FDJ etwa 30 Jugendlichen aus Freiburg und anderen Orten einen achtstägigen Erholungsaufenthalt im herrlichen, winterlichen Feldberggebiet. Ein gutes, überreichliches Essen, gute Stimmung und froher Gemeinschaftsgeist sorgten dafür, daß die „Anstrengungen“ des Wintersports nicht zu spüren waren. Acht Tage frische, reine Luft, Sonne, Schnee und Winterfreuden beim Skifahren und bei Wanderungen reinigten die Lungen und röteten die Gesichter.

Des Abends saß man in der warmen Hütte beisammen, sang Lieder, spielte und diskutierte. Am Silvesterabend vereinigte ein lustiges Programm bis kurz vor Mitternacht alle Teilnehmer, und anschließend begab sich alles gemeinschaftlich mit Papier, Holz und Feuerwerkskörpern gepackt zu einer schönegelegenen Stelle im Freien, um dort das neue Jahr zu begrüßen. Am lodernen Feuer faßten sich die Jugendlichen an den Händen und einige gemeinsame Feiertagslieder in die dunkle Silvesternacht. Punkt 12 Uhr zerriß ein Kanonenschlag das Feuer und lagte die brennende Glut weithin sichtbar in die Höhe.

Nur ungern kehrten die Jugendlichen nach diesen 8 Tagen wieder in den grauen Alltag zurück. Aber diese 8 Tage werden ihnen auch Kraft gegeben haben und immer in Erinnerung bleiben.

Freiburger Sonderbriefmarken



Die Militärregierung hat genehmigt, daß zugunsten der notleidenden Bevölkerung unserer Stadt eine Serie von 4 Briefmarken, entsprechend obenstehender Abbildung, erscheint. Der Satz setzt sich zusammen aus Marken mit einem Frankaturwert von 4 D-Pfg., 10 D-Pfg., 20 D-Pfg. und 30 D-Pfg. Auf diesem liegt ein Zuschlag von 16, 20, 30 und 50 D-Pfg. Die Auflage des Satzes ist in nur sehr beschränkter Höhe genehmigt worden, zumal dabei technische Schwierigkeiten mitbestimmend waren. Wie der Herr Oberbürgermeister versichert, wird der Erlös des Zuschlags restlos zur Milderung der vielfachen Not verwendet werden, die der Krieg und die Nachkriegszeit unserer Bevölkerung auferlegte. Allerdings steht diese Versicherung in gewissem Gegensatz zu Äußerungen des O.B., wonach er den Plan eines Sondermarkensatzes im Hinblick auf die allgemeine Finanznotlage der Stadt erwogen hatte. Wir hoffen deshalb, daß nicht das Steckenpferd der Stadtverwaltung, die Erhaltung und Neuerichtung kultureller Baulichkeiten, durch die mit dem Verkauf der Briefmarken verbundenen Einnahmen neuen Auftrieb erhält.

Jahresbericht der AOK

Freiburg. Im Dezember fanden innerhalb der Allgemeinen Ortskrankenkasse Freiburg die Neuwahlen für den Vorstand, die verschiedenen Ausschüsse und Organe statt. Wir veröffentlichen aus diesem Grunde einige Auszüge aus dem Geschäftsbericht der AOK, der uns dieser Tage zuzug.

In dem Geschäftsbericht wird vor allem betont, daß die Mittel zur gesetzlichen Krankenversicherung nur zu dem ausschließlichen Zweck erhoben werden, um die notwendigen Ausgaben für die Betreuung der Versicherten und ihrer anspruchsberechtigten Familienangehörigen zu decken. Das für die Betreuung anzuwendende Maß sind die Regelleistungen bzw. je nach der finanziellen Lage der Kasse die Mehrleistungen. Im Jahre 1947 betreute die AOK Freiburg über 34 000 Pflichtversicherte, 8000 freiwillige Mitglieder, ca. 13 000 Sozialrentner und Kriegerhinterbliebene sowie etwa 60 000 anspruchsberechtigte Familienmitglieder, welche letzteren keinerlei Beiträge zahlen.

Neben ihren eigenen Beiträgen, deren Höhe seit 1934 einen Anteil am Einkommen der Arbeitnehmer von 5,5 Prozent nach den Angaben der AOK nicht überschritten habe, zieht die Kasse seit 1942 noch die Beiträge zur Arbeitslosen-, Invaliden- und Angestelltenversicherung ein. Dadurch ergab sich folgendes Bild: Von rund 15 Millionen RM Gesamtsatzversicherungsbeiträgen wurden 30

Prozent an das Landesarbeitsamt, 45 Prozent an die Landesversicherungsanstalt abgeführt, so daß für 1947 rund 4 Mill. RM der Kasse zur Verfügung standen. Dazu kommt ein Anteil an den für das Land Baden eingezogenen Beiträgen von 0,5 Prozent. Mit diesen Mitteln müssen die Leistungen der Kasse bestritten werden, die sich vor allem auf Krankenhilfe, Krankenhospitalkosten, Kranken-, Haus- und Taschengeld, Wochen- und Familienwochenhilfe sowie Sterbegeld erstrecken. Die ärztliche und zahnärztliche Behandlung und die Versorgung mit Arzneien ist sowohl für die Versicherten als auch für die anspruchsberechtigten Angehörigen der Dauer nach unbegrenzt. Im allgemeinen erhält die AOK — mit Ausnahme für die Behandlung der nicht-versicherten Kriegsverwundeten und kranken Heimkehrer — keine Staatszuschüsse.

Im Geschäftsjahr 1947 belief sich der Krankenstand auf 3,5—5 Prozent der Versicherten. Dies ergab im Einzelnen ca. 20 000 mit Arbeitsunfähigkeit verbundene Leistungsfälle für Mitglieder mit rund 475 000 Krankentagen. Darunter fallen etwa 4000 Krankenhausaufenthalte. Hierzu kamen 3000 Krankenhausaufenthalte für mitversicherte Angehörige. An Wochenhilfsfällen sind rund 1300 mit 90 000 Verpflegungstagen und 150 000 Stiltgeldtagen; Sterbefälle wurden 627 gezählt. So ergaben sich folgende

Barausgaben: Krankengeld, Haus- und Taschengeld, Wochen- und Familienwochenhilfe sowie Sterbegeld 1947 insgesamt 1 222 000 RM, für Arztkosten, ambulante Sachleistungen in den Krankenhäusern etc., Zahnbehandlung, Arzneien etc. ein Aufwand von 1 850 000 RM, für Krankenhospitalkosten, Zuschüsse für Kindererholungskuren, vertrauensärztliche Dienste (allein 48 000 RM), etc., ebenfalls etwa eine Million. Außerdem für persönliche und sachliche Verwaltungskosten bei ca. 80 Angestellten einschließlich Neuanschaffung des totalverbrannten Büromaterials 348 000 RM (d. s. 8 Prozent der Einnahmen).

Während die Kasse mit Ende des Geschäftsjahres 1947 noch einen Betriebsmittelstand von 729 000 RM — trotz der starken Inanspruchnahme und einer Einbuße an Mitteln durch die Aufwendungen an heimgekürzte Kriegsgefangene in Höhe von 170 000 RM — hatte, ist die Lage nach der Währungsreform als grundlegend ungünstig zu bezeichnen, wie es in dem Bericht weiter heißt. Neben dem 1:10 abgewerteten Betriebskapital von nunmehr ca. 85 000 DM und einem einmaligen Kredit von 266 000 DM war die Kasse nur auf die Einnahmen aus den Beitragszahlungen angewiesen, von denen im Juni zwei Drittel

Studio Freiburg sendet — wir wählen aus:

Donnerstag, 6. Januar:

8.05 Uhr Dreikönigsingen im Schwarzwald. 8.50 Alte Kammermusik. 10.15 bis 13 Uhr Religiöse Sendungen. 19 Uhr Sport zwischen Rhein, Neckar und Bodensee.

Freitag, 7. Januar:

8.15 Uhr: Nachrichten aus Baden und Württemberg. 9.05 und 14.45 Uhr Suchdienst. 11.30 Uhr Läden des Freiburger Münster. 11.55 Uhr Meldungen aus Württemberg-Hohenzollern. 12.45 Uhr Die Sendung für das Landvolk. 18.30 Uhr Klaviermusik. 18.45 Uhr Frisch vom Redaktionstisch. 22.30 Uhr: Volks- und Unterhaltung.

Samstag, 8. Januar:

8.15 Uhr Nachrichten aus Baden und Württemberg. 9.05 Uhr Suchdienst. 11.30 Uhr Volksmusik. 11.45 Uhr Nachrichten aus Baden. 12.10 Uhr Mittagskonzert. 12.45 Uhr: Die Viertelstunde der Bad. Regierung. 18.15 Uhr Theater-Rundschau.

aus den Monatszahlungen nur abgewertet zur Verfügung standen.

Aus diesem Grunde legt der angeführte Bericht Wert darauf, zu betonen, daß die AOK aus ihrem Verantwortungsgefühl gegenüber der Sicherung des uns nach dem beispiellosen politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch übriggebliebenen Volksvermögen, unserer Arbeitskraft, heraus die Preisschraube auf dem allgemeinen Markt nicht mitmache, daher aber darauf hinweisen muß, daß, da der Leistungsstandard sowohl von der Höhe der ihr zur Verfügung stehenden Mittel als auch von der Bereitwilligkeit aller mit ihr in Verbindung stehenden Kreise abhängt, die Krankenkasse von keinem der Beteiligten als Objekt angesehen werden darf. Die Wahl der neugebildeten Organe und Ausschüsse der Selbstverwaltung in der Krankenversicherung, so schließt der Bericht ab, ist mehr als eine demokratische Geste und wird mit dem Einzug der Organe offenkundig werden, daß die gesetzliche Krankenversicherung ihre wirtschaftliche und soziale Aufgabe frei von bürokratischer Einstellung erfüllt und erfüllt hat.

Wie wir kurz vor Redaktionsschluss erfahren, ist die AOK zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit bzw. zur Erhöhung des Leistungsgrades der Kasse gezwungen, ihre Beitragsätze zur Krankenversicherung ab 1. 1. 1949 zu erhöhen und auf 6,5 Prozent des Grundlohnes festzusetzen. Die Erhöhung wird sich zwischen 5 Pfg. bis 46 Pfg. in der höchsten Lohnstufe pro Woche bewegen. Die näheren Einzelheiten werden in einer amtlichen Bekanntmachung veröffentlicht.

Freiburger Veranstaltungen.

Lichtspiele: Casino: Gefährliche Reise (verlängert). Friedr. Hof: Die Madonna der sieben Monde (ab Freitag: Frau Luna) Kandelhof: Die Madonna der sieben Monde (ab Freitag: Angelika). Harmonie: Anna und der König von Siam (verlängert). Union: Hab mich lieb (ab Freitag: Altes Herz wird wieder jung).

Mord in Ottersweier

Ottersweier. Am Freitag, dem 31. 12. gegen 7 Uhr morgens, wurde der 48-jährige Dentist Heinrich Hof aus Ottersweier, auf der Huberstraße, tot aufgefunden. Ein in der Nähe gelegener, mit Blut befleckter Stein ließ auf Mord schließen. Mehrere Personen konnten in diesem Zusammenhang verhaftet werden. Der Täter, ein Franzose, wurde inzwischen ermittelt.

Großbrand in Haslach bei Oberkirch

Haslach. Am Neujahrstag morgen brannte das Oekonomiegebäude der ledigen Julianne Müller bis auf die Grundmauern nieder. Das Vieh konnte gerettet werden. Der Brand wurde durch große Fahrlässigkeit verursacht, indem der 76-jährige Bruder der Hofinhaberin zum Melken eine Kerze auf den Mauerabsatz des Stalles stellte. Die Kerze fiel um und stürzte durch die schadhafte Wand, die zum Schutz gegen die Kälte mit Stroh ausgestopft war. Durch den starken Wind begünstigt griff das Feuer mit rasender Geschwindigkeit um sich und schlug rasch zum Dachgebälk hoch. Das neu erbaute Wohnhaus krachte durch das tatkräftige Eingreifen der Haslacher und Ulmer Feuerwehr mit Unterstützung von Oberkircher und Offenburger Abteilungen gerettet werden.

30-Jahrfeier der KP Kreis Freiburg

Freiburg. Am vergangenen Donnerstag veranstaltete die KP Freiburg einen Abend im mit Transparenten und Porträts der führenden Köpfe der Arbeiterbewegung geschmückten Heimat-Saal der Harmonie. Der Einladung waren zahlreiche Genossen mit ihren Familienangehörigen gefolgt. Der erste Teil des Programms war dem 30. Jahrestag der Gründung der KPD gewidmet. Vier Sprecher vermittelten in packenden Worten einen Eindruck der Entwicklung der Arbeiterbewegung, und verstanden besonders die Kernprobleme des politischen Kampfes der Partei herauszuheben. Die Erinnerung an die Ermordung der Genossen in den zwanziger Jahren, an den Widerstand in der Zeit des Faschismus, und die Unterstreichung der wichtigsten Lehren aus dem Kampf der Partei in den Jahren nach dem Zusammenbruch wurde mit der konsequenten Schlussfolgerung abgeschlossen, daß nur die Einheit der Arbeiterbewegung auf der Grundlage des Marxismus den Sieg des Sozialismus ermögliche.

Anschließend nahm Genosse Fels nach einer kurzen Ansprache die Ehrung der Genossinnen und Genossen vor, die über 25 Jahre der Arbeiterbewegung angehören. Ebenso wurden die aktivsten Parteiarbeiter des Jahres 1948 durch eine Buchspende ausgezeichnet.

Nach einer Pause, in der Kaffee und Kuchen gereicht wurden, und einige Überraschungen die Stimmung eines frohen Beisammenseins geschaffen hatten, wurde das Programm mit einem heiteren Teil fortgesetzt. Vor allem Willi Engler als Ansager und die Kapelle Hämmerle sorgten für Abwechslung. Aber auch viele andere Genossen hatten sich für die Ausgestaltung zur Verfügung gestellt, sodaß mit heiteren Rezitationen, einigen Tänzen und solistischen Kleinig-

keiten der Abend schneller verging als die Anwesenden es wünschten.

In den Diskussionen die sich zwischen den anwesenden Genossen ergaben, wurde vor allem zum Ausdruck gebracht, daß gerade diese Veranstaltung zeige, welche Aktivität innerhalb der Partei lebendig sei. Es sei aber die erste Forderung des neuen Jahres, alle Genossen zur Arbeit in den Betriebs- und Wohngruppen, im Stadtteil und auch vor allem zur Jugendarbeit

Mitteilungen der KP. Freiburg.

Am Freitag, 7. Januar, 20 Uhr, findet in der Vaubanstraße 12 eine wichtige Vorstandssitzung statt, in der zur Erklärung des Parteivorstandes Stellung genommen wird. Wir bitten alle Funktionäre um pünktliches Erscheinen.

heranzuziehen. Die bewußt politische Arbeit auch an diesem Abend muß vorbildlich werden, für die Tätigkeit der Genossen, sei es nun in Diskussionen mit Freunden oder sei es in der Arbeit in den Betrieben. Voraussetzung für diese politische Arbeit ist eine klare Schulung im Geiste des Marxismus-Leninismus. Die umfangreiche Partei-Bibliothek, untergebracht in der Geschäftsstelle „Unser Tag“, steht ab Januar 1949 allen Genossen zur regen Benutzung zur Verfügung. Zu den Aufgaben der Genossen wird auch die Mitarbeit an unserer Zeitung gehören. Gerade dieser Abend bewies, daß die Zusammenarbeit aktiver Genossen von Erfolg gekrönt ist, wenn die Partei in ihrer Gesamtheit hinter denen steht, auf denen z. Zt. die verantwortliche Last liegt.

Mit dem gemeinsamen Gesang der Internationale wurde der Abend im Bewußtsein der Zusammengehörigkeit aller Werktätigen beschlossen.

Tribüne der Aussprache

Zahlreiche Zuschriften im vergangenen Jahr haben uns in dem Gedanken bestärkt, unseren Lesern die Gelegenheit zu geben, ihre Meinung in der Öffentlichkeit zur Diskussion zu stellen. Wir bitten Sie deshalb von dieser Möglichkeit regen Gebrauch zu machen. Die Zuschriften werden unter obiger Rubrik regelmäßig in der Lokalseite Freiburg erscheinen. Herr P. schreibt uns:

Zum Thema: Preise!

Vor Monaten wurden die Preise für das Sägen und Spalten des Brennholzes amtlich festgesetzt, und zwar:

Für Sägen 4 Schnitt = 2,00 DM, für Spalten pro Ster = 2 DM, zusammen also 4,50 DM. Trotzdem werden aber weiterhin von einigen Firmen, u. a. von dem Säger-H. in der Merzhäuserstraße 6 DM verlangt. Ob hier jemals die Preisbehörde einschreitet?

Zum Thema: Gehälter!

Die Zahl und Besoldung der Freiburger Bürgermeister wird von einem großen Teil der Freiburger Bevölkerung kritisiert. Der Sprecher der SPD, Herr Schieler, trat erst letzthin im Landtag für die Beibehaltung der Pensionskürzungen ein, dagegen aber sprach er nicht von einer Kürzung der übersetzten Gehälter an die Freiburger Bürgermeister und anderer höherer Beamter des Staates. Ebensovienig war die Rede von den hohen Vergütungen an die Besitzer der Untersuchungsausschüsse und Spruchkammern.

Anmerkung der Lok.-Red.: Was sagen unsere Leser dazu? Die Antworten werden in den nächsten Ausgaben veröffentlicht.

51 Gaslampen böswillig zerstört

Die Städtische Pressestelle teilt mit: Seit Inbetriebnahme der Gas-Strassenbeleuchtung im September 1948 wurden bis heute 51 Laternen (meist durch Steinwürfe) beschädigt, wodurch ein großer Schaden entstand. Es besteht die Gefahr, daß in absehbarer Zeit die Beleuchtungskörper nicht mehr betriebsfähig gemacht werden können. Das wäre im Interesse der Bevölkerung, die seinerzeit die Verbesserung der Straßenbeleuchtung dankbar begrüßt hatte, sehr zu bedauern. Dieser sinnlosen Zerstörung muß unbedingt Einhalt geboten werden. Die Polizei wurde ersucht, in strengster Weise gegen die Übeltäter vorzugehen. Aber auch das Publikum wird dringend gebeten, bei

der Ermittlung der Täter mitzuhelfen und zweckdienliche Angaben jeweils sofort dem Städt. Gaswerk zu machen. Die Übeltäter haben gemäß § 304 StGB Freiheitsstrafe zu gewärtigen.

Zwischenfall beim Tanz.

Gundelfingen. Im Gasthaus zur Sonne ereignete sich am 2. Januar anlässlich einer Tanzveranstaltung ein unliebsamer Zwischenfall. Während der Veranstaltung erschien der Gundelfinger Oberwachmeister Falk und nahm eine Kontrolle vor. Dabei wurde ein angeblicher Ausländer ohne Kennkarte angetroffen und, da er Widerstand leistete, von Herrn Falk an den Haaren aus dem Saal gezogen. Verständlicherweise bemächtigte sich der Anwesenden eine große Empörung; es wurde in der Diskussion geäußert, daß man mit den Gewaltmaßnahmen des Herrn Falk endlich Schluss machen müsse. Es wäre höchste Zeit, daß man eine Versetzung des in Gundelfingen unbeliebten Herrn Falk einmal ernstlich in Erwägung ziehen würde.

A. B.

Lahrer Stadtmeisterschaften im Ringen u. Heben

Unter großer Beteiligung, insbesondere der Jugend, veranstaltete die Schwerathletik-Abteilung der Sportfreunde Lahr die Stadtmeisterschaft im Ringen und Gewichtheben, die folgende Sieger brachten:

Gewichtheben: Bantamgewicht: 1. Willi Vogt. Federgewicht: 1. Hermann Lauber. Leichtgewicht: 1. Franz Baier. Mittelgewicht: 1. Fritz Wieser. Halbschwergewicht: 1. Karl Schmieder. Schwergewicht: 1. Hans Muser.

Jugend: Klasse bis 100 Pfund: 1. Wilhelm Siegel; Klasse bis 110 Pfund: 1. Theo Wieser; Klasse bis 120 Pfund: 1. Alfred Kappis; Klasse bis 130 Pfund: 1. Willi Sütter; Klasse bis 140 Pfund: 1. Sontheimer.

Ringen: Bantamgewicht: 1. Rudi Vogt; Federgewicht: 1. Rudi Kappis; Leichtgewicht: 1. Willi Binz; Halbschwergewicht: 1. Franz Kessler.

Jugend: Klasse bis 90 Pfund: 1. Karl Kuczawa; bis 100 Pfund: 1. Theo Wieser; bis 120 Pfund: 1. Willi Strampp; bis 130 Pfund: 1. Willi Sütter; bis 140 Pfund: 1. Günther Frei.

Schüler: Klasse bis 50 Pfund: 1. Kurt Häußermann; bis 60 Pfund: 1. Herbert Kappis; bis 70 Pfund: 1. Robert Ehret; bis 80 Pfund: 1. Kurt Walter; bis 90 Pfund: 1. Horst Nitzsche.

Fußball

Punktespiele am ersten Januarsonntag
Kreisklasse, Staffel I:
 Oberschopheim — Mietersheim 3:2; Nonnenweier — Oberweier 9:4; Grafenhausen — Niederschopheim 1:1; Heiligenzell — Allmannsweier 2:2
Staffel II: Walburg — Sulz 4:1; Schmieheim — Seelbach 1:5
Pokalspiel: Renchen — Legerlhurst 3:1.

Die Herbstmeister der Kreisklasse Offenburg
 Am vergangenen Sonntag wurden nun auch in den letzten Staffeln der Kreisklasse Offenburg die Vorrunde beendet. In der Staffel I gewann **Oberschopheim**, nachdem es schon mit 0:2 im Rückstand lag, noch mit 3:2 gegen Mietersheim, und liegt nun nach Beadigung der Vorrunde mit zwei Punkten Vorsprung vor Nonnenweier an der Spitze. Auch in den übrigen Staffeln ist der Vorsprung der Herbstmeister nicht groß, sodaß man in der Nachrunde noch mit manchen Veränderungen rechnen kann. In der Staffel Offenburg wurde **Eigersweier** nur durch das bessere Torverhältnis Halbzeitmeister vor Ortenberg, während in den Staffeln Renchtal und Hanauerland-Nord **Renchen** und **Auenheim** mit je einem Punkt Vorsprung in Front liegen. Einzig **Willstätt** hat in der Staffel **Hanauerland-Süd** einen größeren Vorsprung aufzuweisen.

Schach

Jugend-Stadtmeisterschaft im Schach!
 Nach spannenden Kämpfen ist die I. Stadtmeisterschaft der Jugend beendet. Sieger wurde der 16jährige **Erich Krüger** mit 16 Punkten aus 17 Partien.
 II. **Zittel**, 15jährig mit 15½ P., also um ½, P. hinter dem Sieger. III. **Wittke**, 16jährig mit 14½ P. IV. **Eckerle**, 17jährig mit 13 P.
 Der jüngste Teilnehmer **Peter Lehmann**, 9 Jahre, konnte seine Spielstärke beweisen und erreichte 7½ Punkte. Die Preisverteilung findet am Sonntag, dem 9. Januar 1949, um 10 Uhr in dem Vereinslokal der Offenburger Schachvereinigung „Zur Brandeck“ statt.
Deutschland beim internationalen Schachkongreß
 In Hastings wurde heute nachmittag ein internationaler Schachkongreß eröffnet, an dem 9 Nationen teilnahmen: England, Holland, Frankreich, Jugoslawien, Irland, Oesterreich, Südafrika, Neu Seeland und Deutschland. Die Delegierten bedienen sich bei der Begrüßung der Esperanto-Sprache.

Offenburg erhält Verstärkungen

Am Sonntag gegen SV Kaiserslautern

An der Schwelle des neuen Jahres vollzogen sich sowohl innerhalb des Verwaltungswesens, wie auch auf dem Spielfeld bedeutungsvolle Änderungen. Der seit einiger Zeit tätige Trainer **Sepp Moser** ist abgetreten. Sein Nachfolger wurde der aus Recklinghausen stammende Spieler **Grigutsch**, der sich gleichzeitig aktiv einschalten wird. Damit dürfte das Geheimnis vom vielbesprochenen „Neuen“ aus dem Spiel gegen Durlach etwas gelüftet sein. Sein solides Können beruht auf keiner Legende, davon konnten wir uns überzeugen, und was seine Spielberechtigung zu den Pflichtspielen angeht, so werden die notwendigen Maßnahmen schnellstens ergriffen.

Eine weitere Zuversicht für eine Besserung der Lage stützt sich auf die freudige Tatsache von der Heimkehr des Standardverteidigers **Merz** aus jugoslawischer Gefangenschaft. Ohne Zweifel wird er sich am kommenden Sonntag wieder der alten Sportkameradschaft anschließen. Die Anhänger der OSV brennen mit Ungeduld auf das erste Wiedersehen mit dem sympathischen Sportsmann auf der Stegermatt.

Verwaltungstechnisch wird insofern eine Veränderung eintreten, als der bisherige Geschäftsführer aus Gründen der Sparsamkeit ausscheidet. In diesem Zusammenhang wurde auf der letzten Vorstandssitzung erneut gegen die von der Stadtverwaltung geforderte 12% prozentige Abgabe aus den Wettspieleingängen Stellung genommen. Diese Besteuerung der Jugendpflege und Körpererhaltung hat mit der Uebelerscheinung eines Sporttotes nichts zu tun. Es wäre zu wünschen, daß das neue Stadtparlament in der Frage der Besteuerung

der Kulturveranstaltungen eine dem Willen der Bevölkerung entsprechende Haltung einnimmt.

Die finanzielle Lage seit der Währungsreform zwingt die Vorstandschaft zu einer weiteren Maßnahme, für die sie das sportbegeisterte Publikum und die Mitgliedschaft um Verständnis bittet. In Zukunft werden die Eintrittspreise den schon lange üblichen Sätzen der Zonenliga angepaßt. Man verkennt dabei keinesfalls die derzeitige Geldknappheit, die auch bei den Sportplatzbesuchern keine Ausnahme macht. Tatsache bleibt aber, daß künftighin beim besten Willen auf den geringfügigen Aufschlag nicht länger verzichtet werden kann, ohne Gefahr zu laufen, den umfangreichen Spielbetrieb einschränken zu müssen. Es bleibt zu hoffen, daß diese Maßnahmen mit Verständnis beurteilt werden.

Der Spielbetrieb für Sonntag

stellt die Verantwortlichen und Spieler vor eine heikle Aufgabe. Während auf der Stegermatt die komplette erste Garnitur mit Verstärkung durch **Merz** und **Grigutsch** gegen den SV Kaiserslautern antritt, wird eine weitere Vertretung aus der zweiten und Propagandaelf in Willstätt in den Pokalkampf eingreifen und die Probe aufs Exempel zu bestehen haben. Währlich ein Experiment, das als erste gewagt erscheint. Andererseits will man zuhause den schlechten Eindruck vom letzten Spielsonntag verwischen und gleichzeitig die Mannschaft auf das Punktespiel gegen Fortuna vorbereiten. Im Vorspiel spielen die Jugendmannschaften um 13 Uhr.

Boxen

Petri fordert Nürnberg zum Titelkampf
 Der bekannte Leichtgewichtsboxer, **Ludwig Petri**, Kassel hat über die Sportaufsicht für Berufsboxen in Hannover den deutschen Meister im Leichtgewicht, **Herbert Nürnberg** (Hamburg) zu einem Titelkampf herausgefordert. **Petri** hofft, daß der Kampf in seiner Heimatstadt Kassel zum Austrag kommt.

Hans Schiffer verteidigt seinen Titel
Hans Schiffers (M.-Gladbach), der Deutsche Meister der Berufsboxer in der Bantamgewichtsklasse, verteidigt am 15. Januar in

München gegen **Hans Schöning** (Schweinfurt) seinen Titel. Diese beiden Boxer standen sich schon zweimal gegenüber. Im Titelkampf konnte **Schiffers** durch ein glückliches Unentschieden die Oberhand behalten, während er in einem 8-Rundenkampf (nicht Titelkampf) gegen **Schöning** knapp nach Punkten verlor.

Campbell gestorben

Sir **Malcolm Campbell**, Inhaber mehrerer Weltrekorde im Autorennsport, ist am 1. I. im Alter von 63 Jahren in seinem Heimatort **Reigate** gestorben.

Kommt Dynamo Moskau nach Leipzig?

Der Deutsche Sportausschuß der Ostzone hat seine Tätigkeit aufgenommen. In allen Ländern der sowjetischen Zone fanden die Gründungsveranstaltungen der Landessport-Verbände statt, um das Programm der volksdemokratischen Sportbewegung festzulegen. In Dresden wurde unter anderem beschlossen, die Fußball-Landesliga in eine Ost- und Westgruppe ((Dresden und Leipzig) zu teilen und in der obersten Spielklasse insgesamt zwanzig Mannschaften spielen zu lassen. Ein Ostzonen-Pokal, der am 14. Mai gestartet werden soll, soll den kleinen Vereinen die Chance geben, mit spielstarken Mannschaften zusammenzutreffen. Außerdem hofft man in der Ostzone mit dem baldigen Besuch ausländischer Gäste. Polnische Sportzeitungen sollen gemeldet haben, daß **Dynamo Moskau**, das im Frühjahr nach Warschau und Prag kommt, auch in Leipzig antreten wird. Auch die Handballer der Ostzone bemühen sich, ausländische Gäste für den „Tag des Parlaments der FDJ“ zu verpflichten.

USA-Leichtathleten wieder nach Europa

Der große Leichtathletikwettkampf einer Mannschaft der USA gegen eine Auswahl der nordischen Länder wurde endgültig bestätigt. Die Austragung wird entweder vom 20.—22. Juli oder 27.—29. Juli in Oslo vor sich gehen. Das Wettkampfprogramm umfaßt alle olympischen Konkurrenzen einschließlich Zehnkampf und Marathonlauf und dazu außerdem noch die 4x1500 Meter-Staffel. Die Auswahl der Vertretung der fünf nordischen Länder (Schweden, Norwegen, Finnland, Dänemark, Island) wurde **Bo Ekelund** (Schweden) übertragen.

Der amerikanische Leichtathletikverband bestätigte, daß mehrere europäische Leichtathleten an verschiedenen Hallenkämpfen teilnehmen werden. Feste Zusagen liegen vor von: **Reiff** (Belgien), **Slijkhuis** (Holland), **Hansenne** (Frankreich), **Bengtson** und **Ahlden** (Schweden).

Um dem allgemeinen Wunsch aller unserer Leser nach verstärktem Umfang unserer Zeitung nachkommen zu können, haben wir uns entschlossen, die beiden Ausgaben **Offenburg** und **Rastatt** und die Ausgaben **Villingen**, **Singen** und **Konstanz** zu je einer Ausgabe zu vereinigen. Die Ausgabe „**Unser Tag** am Oberrhein“ erscheint wieder für das ganze Oberrheingebiet.

Trotz dieser Zusammenlegung wird die Redaktion wie bisher bestrebt sein, alle Zuschriften unserer Leser zu veröffentlichen.

6. Januar 1948 — Unser TAG — Nr. 2 Seite 6

Bekanntmachung

Es wird darauf hingewiesen, daß vom Bad. Ministerium des Innern das im § 25 Abs. 2 St. VZO. vorgesehene Aufgebotsverfahren über Kraftfahrzeugbriefe, die in Verlust geraten sind, wieder ein- geführt wurde. Da die alten Kraftfahrzeugbriefe in der franz. Zone nicht mehr gültig sind, wird in den Fällen, in denen der Besitzer eines Kraftfahrzeuges bei Stellung des Zulassungsantrages den Eigentumsnachweis nicht einwandfrei erbringen kann, oder in denen nach der Zulassung des Kraftfahrzeuges Zweifel an den Eigentumsverhältnissen entstehen, das Kraftfahrzeug selbst aufgebotsfrei.

Die Veröffentlichung der Aufgebotsanzeigen erfolgt unter den amtlichen Bekanntmachungen im „Journal Officiel“ als dem für die franz. Zone zuständigen amtlichen Verkündungsorgan.

Wer Ansprüche auf das Eigentum der aufgebotsenen Kraftfahrzeuge erheben zu können glaubt, kann diese innerhalb eines Monats nach der Veröffentlichung im Journal Officiel bei der Behörde geltend machen, die das Aufgebot veranlaßt hat. (32-3228)

Landratsamt Rastatt, Abt. III. d.

Gewerbeschule und Dentistenfachschule Offenburg

Der Unterricht kann mangels Brennmaterialien bis auf weiteres nicht aufgenommen werden. Der Unterrichtsbeginn wird zu gegebener Zeit hier bekanntgegeben. (32-3229) Die Direktion.

EIN

„KARL MARX“

Bücher - Sonderangebot:

- Eine Sammlung von Erinnerungen und Aufsätzen Pappband DM 1.50
- Zur Kritik der pol. Oekonomie „ „ 3.20
- Das Elend der Philosophie „ „ 2.80
- Der Achzehnte Brumaire des Louis Bonaparte „ „ 0.50
- Briefe an Kugelmann „ „ 0.50
- Lohn, Preis und Profit „ „ 0.40
- Lohn, Arbeit und Kapital „ „ 0.20
- Kritik des Gothaer Programms „ „ 0.20
- Das Kapital Band I Halbleinen „ 14.00
- Das Kapital Band I Interimsband „ 5.00

Zu beziehen durch den Südwest-Verlag Offenburg sowie durch sämtl. Geschäfts- und Vertriebsstellen von „Unser Tag“

Neu eingetroffen!

Schöne, moderne

Damen - Mäntel

flotte, sportliche Form, sehr gute Stoffqualität, in allen gangbaren Farben und Größen.

Blaue

Arbeitsanzüge

solide Körperware, sehr strapazierfähig und dankbar im Gebrauch. Größe 46-54 zu dem vorteilhaften Preis von DM 18.90

Textilmanufaktur Haagen

Wilhelm Schöpflin

Haagen / Baden

Verschiedenes

Pkw Opel-Olympia, 1.5 Ltr., generalüberholt, 2000 km, Baujahr 1939, 5-fach bereit, 90% abzugeben. Angebote unter Nr. 32-3198 an U. T. Offenburg, Schließfach 361.

Gasanzünder

mit Steine lfd. lieferbar. W. Lentz, Hbg.-Altona, Königstr. 221. (32-3226)

Besen

echt Roßhaar und Bürstenwaren lfd. lieferbar. W. Lentz, Hbg.-Altona, Königstr. 221.

5 verschiedene Künstl. AKT-FOTOS 5,- DM. Thiele-Studio, Sarstedt/Heiseide. (A 18-1)

Hygien. Schutzmittel für Damen u. Herrn. Prospekt u. Liste gratis u. diskret von HERRI, (14b) Balingen-Württ., Postf. 199. (A 26-64)

Fabrik für Malerwerkzeuge sucht für die Postleitgebiete 17 und 14 je einen

arbeitsfreudigen Herrn

zum Besuch der Lack- und Farbenhandlungen. Ang. u. 8901 an Anz.-Exp. W. Rohrburg, Wuppertal-E. Wall.

Heiraten

Flüchtling-Frau od. Kriegerwitwe ist eine Heima geboten. Bin 63 J. alt, aber noch sehr rüstig. Suche eine lb. und gute Frau ohne Anhang als Haushälterin zwecks späterer Heirat. Angeb. unter Nr. 36-237 U. T. Villingen, Niederestr. 19.

Nachruf

Am 21. 12. 1948 verstarb im 80. Lebensjahr nach kurzer Krankheit

Herr Ernst Schneider

Ehrenbürger der Gemeinde Fahrnau.

Der Verstorbene hat in uneigennütziger Weise seine Kraft in den Dienst des kulturellen Lebens der Gemeinde gestellt. 33 Jahre wirkte er als aktiver Musiker und 50 Jahre als Dirigent des Musikvereins Fahrnau. Sein Leben war Dienst für die Gemeinschaft und dient uns allen als Beispiel und Verpflichtung.

Fahrnau, den 28. 12. 1948 (32-3227)

Der Gemeinderat der Gemeinde Fahrnau

Für die Volkszeitung

UNSER TAG

VOLKSZEITUNG DES BADEN

suchen wir an allen Orten

WERBER für Inserate und Abonnenten

Zu wenden an „UNSER TAG“ Anzeigen - Abteilung Offenburg / Baden

Adler-

Lichtspiele Achern-Oberachern

Von Freitag, den 7. bis Donnerstag, den 13. 1. 1949:

Greta Garbo in ihrem neuesten Film

„Zum kleinen Glück“

Ein Film von hinführender Heiterkeit mit Danielle Darrieux, André Luguet u. Francois Perler.

In deutscher Sprache. (Jugendliche ab 14 Jahren zugelassen)

Wochentags 20 Uhr, sonntags 15.00, 17.30 und 20.00 Uhr.

Achtung! Ab sofort finden samstags keine Vorstellungen mehr statt. Die Programme werden nun immer bis einschließlich Donnerstag vorgeführt. (K 18-95)

Stadthalle - Lichtspiele

Offenburg

Vom 7. bis 13. 1. 1949

Greta Garbo in ihrem neuesten Film

Die Frau mit den zwei Gesichtern

Beginn: Freitag, Sonntag, Dienstag, Mittwoch 18 u. 20.30, Samstag, Montag u. Donnerstags 18 Uhr. (K 18-57)

Wir suchen einen jungen Mann, der Lust hat, Filmvorführer zu werden. Meldung an der Kinokasse.

Suche General-Vertretung

gleich welcher Art, für Gr. Hamburg von leistungsfähigen Fabriken. Offerte unter Nr. 32-3226 U. T. Offbg., Postf. 361.

Große Auswahl in



- Herren-Anzüge**
dunkle Farben und zweireihig
- Herren-Ulster**
mit Koller, Rundgurt
- Herren-Stutzer**
mit aufgesetzten und Mufftaschen
- Herren-Regenmäntel**
mit Gewebe, Koller und Rdt.

- Damen-Wintermäntel**
Aparte Formen und Farben
- Damen-Wollkleider**
hübsche Schottenmuster
- Knaben-Anzüge**
- Knaben-Mäntel**
- D'-Regenkleidung**
Mäntel, Pelertinen mit Kapuze

